

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. B. Dr. C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abmängung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. Okt. 1930

Englands Geschenke an Palästina.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Haifa, Ende September (Eig. Bericht)

Die Erwartungen, die sowohl von den Arabern wie von den Juden Palästinas an die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen von englischen Fachleuten zur Linderung der politischen und wirtschaftlichen Nöte des Landes geknüpft worden sind, sollen jetzt endlich in Erfüllung gehen. Obwohl die Erfahrung gelehrt hat, dass die Hoffnungen, von denen Palästina seit Jahren lebt, nie so niedrig bemessen sein können, um nicht doch noch zu enttäuschen, leben beide Völker in gespannter Erwartung der Visite des Staatssekretärs im British Colonial Office, Dr. Shiels.

Als seine Vorreiter erscheinen der Oberkommissar für Palästina, Sir John Chancellor, der von seinem diesmal ungestört verlaufenen Sommerurlaub zurückkehrt und sein neuer Chefsekretär, Young. Eine grundlegende Erklärung über die Absichten der englischen Regierung wird allerdings aus keinem anderen Munde als aus dem von Dr. Shiels zu erwarten sein.

In eingeweihten Kreisen weiss man, trotz des hartnäckigen Schweigens der amtlichen Stellen, jedoch heute schon darüber Bescheid, welche Präsente der Vertreter Lord Passfields in seinem Koffer führt. Es handelt sich hierbei um politische Konzessionen, die hauptsächlich zur Befriedigung der mohammedanischen Wünsche dienen, Palästina eine beschränkte politische Autonomie und ein durch von der Regierung ernannte Vertreter wie durch ein Klassenwahlrecht gebändigtes Parlament zu gewähren und daneben um ökonomische Konzessionen von beträchtlichem Umfang und von grosser Tragweite.

Die Sorgen Englands vor der Tätigkeit eines Parlaments, das durch den Einbau dieser Vorsichtsmassnahmen gesichert ist, sind nicht gross. Sie werden sich darauf beschränken, die Volksvertretung vor einer Majorität nationalistischer Extremisten zu schützen, die das Parlament zur Tribüne für eine prinzipielle arabische Erklärung gegen das Mandat und gegen die Mandatsmacht missbrauchen könnten.

Dagegen werden die Bemühungen Englands um die Durchführung einer konstruktiven Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet viel ernsteren Schwierigkeiten begegnen. Nach den Vorschlägen des englischen Experten, Sir John Hope Simpson, die bisher streng geheim gehalten worden sind, wird die Regierung der kolonialisatorischen Arbeit der Juden zwar keine Schwierigkeiten in den Weg legen, aber sie wird auch nichts tun, um sie in einem Masse zu fördern, der eine Zuwanderung von Juden in grösserer Zahl mit staatlicher Unterstützung ermöglicht. Zur Sanierung der durch die Agrarkrise in ihren Grundlagen erschütterten Landwirtschaft wird unter der Garantie des Britischen Schatzamts eine internationale Anleihe aufgenommen werden, die im Verhältnis der gegenwärtig im Lande befindlichen arabischen und jüdischen Bevölkerung zu Siedlungszwecken auf der Grundlage einer intensiven Landwirtschaft verwandt werden soll. Unter diesen Um-

stän dem wird auf die jetzige arabische Mehrheit der Löwenanteil dieser Unterstützung entfallen.

Die grosse Gefahr dieses Projekts besteht darin, dass bedeutende öffentliche Mittel mehr aus politischen als aus ökonomischen Erwägungen für die Schaffung eines Apparats verwandt werden, dessen Träger die Fellachen erst einer systematischen Vorbildung für die ihnen zugeteilte Aufgabe bedürfen, da die in Aussicht genommene gemeinwirtschaftliche Methode ein völliges Novum in der bisherigen arabischen Wirtschaftsform bedeutet. Bisher sind genossenschaftlicher Geist und genossenschaftliche Methode der seit Jahrtausenden auf extremen Individualismus eingestellten Mentalität des arabischen Bauern eine vollkommen neue Welt und eine plötzliche Veränderung seiner Arbeits- und Wirtschaftsgewohnheiten ohne eine gewisse Übergangs- und Vorbereitungszeit muss das Gelingen dieses Experiments sehr zum Schaden der Sache schwer gefährden wenn nicht gar ganz in Frage stellen. Diese Gefahr wird vergrössert durch den Mangel eines Beamten und Lehrkörpers in der palästinensischen Verwaltung, und es bleibt zu befürchten, dass die für die Weiterentwicklung Palästinas wirklich entscheidende Reform in ein durch bürokratische Missgriffe verschuldetes Fiasco ausgehen und die gute Idee der Agrarreform hoffnungslos diskreditieren wird.

Eine kleine Episode aus der jüngsten Vergangenheit ist typisch für die Einstellung der arabischen Landbevölkerung zu den neuen Problemen. Vor kurzem liess das Department of Agriculture aus der Regierungsmusterfarm bei Akko die Eier guter Hühnerrassen unter die eingeborenen Geflügelzüchter verteilen. Zum grössten Erstaunen der Regierungsinspektoren stellte sich heraus, dass die Eier nirgends zu Brutzwecken Verwendung fanden. Die Fellachen verspeisten die Geschenke der Regierung als ungewohnte Delikatesse mit dem grössten Appetit, während sie weiter fort fuhren, ihre minderwertigen Erzeugnisse zu züchten und auf den Markt zu bringen.

Der Versuch den Geist hochentwickelter Wirtschaftsformen Europas unvermittelt in den Orient zu verpflanzen, wird vorerst die gleiche Wirkung haben wie die ersten ähnlichen Bemühungen des aufgeklärten orientalischen Despotismus und die der neuen türkischen und persischen Reformer, denn auch in Palästina sind sie mehr als politisches Opiat gedacht und nehmen auf die Besonderheiten des Milieus und der historischen Entwicklung keine Rücksicht. Möglich, dass sich die englischen Geschenke für Palästina in einer späteren Zukunft einmal als ein Segen erweisen werden. Vorläufig sieht es allerdings so aus als ob sie zur bereits bestehenden politischen Verwirrung noch ein wirtschaftliches Tohuwahu fügen und aus dem zu vorsichtigen kolonisations Experimenten prädestinierten Palästina zunächst einmal eine Karikatur von dem machen werden, was eigentlich von den englischen Reformern beabsichtigt wird.

SPD. Der Reichskanzler empfing am Donnerstag vormittag die beiden sozialdemokratischen Führer Hermann Müller und Otto Wels. Die Besprechungen trugen nur informativ Charakter, da bisher weder der Fraktionsvorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion noch die Fraktion getagt hat.

Im Anschluss an die Besprechung hielt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Sitzung ab, in der über die rein informativ Besprechung beim Reichskanzler Bericht erstattet wurde. Die Vorstandssitzung diente im übrigen der Vorbereitung der am Freitag stattfindenden Fraktionssitzung.

SPD. Im Reichstagsgebäude herrscht jetzt bereits reges Leben. Zahlreiche neue Abgeordnete sind schon in Berlin eingetroffen, um sich die Stätte ihres künftigen Wirkens anzusehen. Ferner hat die Verteilung der Arbeitszimmer für die Abgeordneten begonnen, die die Anwesenheit führender Fraktionsmitglieder

notwendig macht. Im Plenar-Sitzungssaal schreiten die Umbauten fort. Es sind nicht nur neue Sitzreihen aufzustellen, sondern infolge der Neueinteilung muss auch die ganze Abstufung des Saalbodens geändert werden. Die Umbauarbeiten sollen bis zum 10. Oktober beendet sein.

SPD. Durch die bürgerliche Presse geht die Nachricht, Genosse Hilferding sei "sicherem Vernehmen nach kürzlich in den Aufsichtsrat der Zigarettenfabrik Reemtsma G.m.b.H. berufen worden". Diese Behauptung ist unwahr. Genosse Hilferding ist weder in den Aufsichtsrat der Reemtsma G.n.b.H. eingetreten noch hat sein Eintritt in den Aufsichtsrat dieser Firma jemals auch nur zur Diskussion gestanden. Der Genosse Hilferding steht weder zu der Firma Reemtsma noch zu irgend einer anderen Unternehmung der Zigarettenindustrie in Beziehung. Die Nachricht der bürgerlichen Presse ist daher eine böswillige Verleumdung.

SPD. Das Reichswehrministerium teilt mit, dass es Strafantrag gegen den Reichstagsabgeordneten Franz Künstler gestellt hat. Damit ist der Forderung des Vorsitzenden der Berliner Sozialdemokratischen Bezirksorganisation Rechnung getragen. Selbstverständlich muss über die Behauptungen Künstlers von mehr als sonderbaren Vorgängen in der Reichswehr vor Gericht öffentlich verhandelt werden!

SPD. Magdeburg, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Otto Hörsing verbreitet folgende Erklärung :

"In Reichsbannerkundgebungen in Wilhelmshaven und Delmenhorst habe ich wörtlich gesagt: "Die Feinde der Republik von links und rechts haben uns den Krieg angesagt und den offenen Hochverrat angekündigt. Wir werden nicht angreifen, aber wir sind gerüstet und stehen in der Defensive. Sollten Nazis und Kommunisten uns angreifen, so werden wir ihnen nicht mit dem Weihwedel entgegentreten, sondern mit denselben Mitteln und Methoden, wie der Angriff erfolgte, sie bekämpfen und, wenn es sein muss, sie niederschlagen. Angriffe und Verletzungen einzelner Kameraden von uns nehmen überraschend zu. Auch hier haben wir leider lange Passivität geübt. Es ist an der Zeit, dass auf diesem Gebiete das Reichsbanner aus seiner Passivität heraustritt und unsere Kameraden sich ihrer Haut wehren. Die Gegner müssen wissen, dass die Zeit zu Ende ist, da sie ungestraft unsere Kameraden angreifen und verletzen durften. Ich brauche nicht deutlicher zu werden, unsere Kameraden werden verstehen, die Angriffe abzuwehren."

Das ist das, was ich in Wilhelmshaven und Delmenhorst gesagt habe. Die Rechtspresse und die kommunistische Presse und leider auch ein Teil anderer Blätter reißen aus meiner Rede einige Worte und Sätze heraus und konstruieren daraus Propaganda für den "kommenden Bürgerkrieg". Diese unsaubere Kampfmethode mit all ihrer Verlogenheit weise ich hiermit zurück. Von derartigen Kampfmethoden muss jeder anständige Mensch sich mit Abscheu und Ekel wenden. Otto Hörsing."

SPD. Dresden, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die sächsischen Demokraten haben die Einladung der Wirtschaftspartei zu Besprechungen über die Bildung einer Rechtsregierung in Sachsen abgelehnt. Dadurch ist der Plan einer Rechtsregierung schon gescheitert.

SPD. Dresden, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Eine äusserst stark besuchte Funktionär-Konferenz der SPD Gross-Dresden nahm am Mittwoch abend nach Referaten der Genossen Edel und Fleissner und nach gründlicher Aussprache eine Entschliessung an, in der es heisst:

"Die Sozialdemokratie könnte nur dann die Verantwortung in der Regierung übernehmen, wenn nach Annahme bestimmter sozialdemokratischer Forderungen und Bedingungen Garantien eines sichtbaren Kurswechsels der bisherigen Bürgerblockpolitik geschaffen und notwendige Massnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise und des Arbeitslosenelends ergriffen würden. Das soeben bekannt gewordene Regierungsprogramm der Reichsregierung beweist ebenso wie die Kundgebungen der bürgerlichen Parteien, dass der bisherige Kurs gegen die Arbeiterschaft fortgesetzt werden soll. Dagegen muss die Sozialdemokratie in der Opposition alle Kräfte und Mittel mobilisieren. Die Notverordnung der Brüning-Regierung muss abgelehnt, es muss ihr das Misstrauen bekundet werden. Wir fordern in der Stunde der Gefahr die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte zu mobilisieren, um, wenn es sein muss, im ausserparlamentarischen Kampf Republik und Volksrechte zu verteidigen und die Reaktion niederzuringen."

SPD. Oldenburg, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Gebiet des Freistaates Oldenburg werden am 9. November, dem Revolutionstag, die Neuwahlen der Stadt- und Gemeindevertretungen durchgeführt werden. Die sozialdemokratischen Parteiinstanzen haben bereits alle Vorbereitungen getroffen, um ein Vordringen der nationalsozialistischen Seuche wirksam abzuwenden.

SPD. In der Donnerstag-Sitzung des Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages zur Prüfung der Misswirtschaft in der Stadt Berlin wurde als erster Zeuge Oberbürgermeister Dr. Böss aufgerufen, der einen vollkommen kranken Eindruck macht.

Auf die Frage des Berichterstatters Abg. Koennecke (Dnat) über die Abrechnungsbelege von Ausgaben, die die Frau des Oberbürgermeisters über die Wohltätigkeitsfonds gemacht hat, erklärte der Oberbürgermeister mit grosser Erregung, dass sämtliche Belege noch in dieser Woche der Staatsanwaltschaft eingereicht werden. Er fügte sofort mit erhobener Stimme hinzu: "Es ist schändlich, dass ich durch die Erörterung dieser Dinge im Ausschuss und durch eine entstellte Berichterstattung in der Presse auf das niedrigste beschimpft worden bin." (Bewegung)

Abg. Meier-Berlin (Soz) ruft dem Berichterstatter zu: "Der Ton hat bei Ihrer Berichterstattung die Musik gemacht!" (Widerspruch und Empörung bei den Deutschnationalen.)

Der Berichterstatter fragt sodann, warum auf einer Bankvollmacht des Oberbürgermeisters über einen Fonds die Worte gebraucht wurden, dass die Verfügung über diese Gelder ihm resp. seinen Erben zustände.

Der Oberbürgermeister erklärt dazu, dass es sich um eine übliche Formularvollmacht der Bank gehandelt hat, bei der lediglich übersehen worden sei, die Worte "oder seine Erben" zu durchstreichen. Es hätte ihm im Ernst doch wohl niemand zutrauen wollen, dass im Falle seines Todes diese Fonds seinen Erben zur Verfügung stehen sollten. Er schlägt in grosser Erregung auf den Tisch, zeigt dann auf den Berichterstatter und ruft: "Sie sind schuld, wenn in der Öffentlichkeit über mich solche Verdächtigungen Glauben finden konnten und schliesslich noch in die gesamte Weltpresse übergehen."

Der Oberbürgermeister äussert sich dann näher über die einzelnen Spenden, die aus den verschiedensten Fonds gewährt wurden und fügt hinzu: "Ich erkläre

heute, dass, wenn ich noch einmal Gelegenheit hätte, wie früher vielen Tausenden von Menschen, die in Not gekommen sind, zu helfen, ich es wieder tun würde. Dabei hat es keine Rolle für mich gespielt, welcher politischen Richtung diejenigen waren, die unterstützt wurden. Ich bitte die Herren insbesondere, sich einmal bei dem Deutschen Offiziersverein und bei dem Vorsitzenden der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion danach zu erkundigen. Aber auch der Vorsitzende dieses Ausschusses, der kommunistische Abg. Schwenk, wird mir bestätigen müssen, dass ich auch Kommunisten geholfen habe. Es tut mir leid, heute darüber reden zu müssen. Aber der Herr Vorsitzende wird mir zugeben, dass ich aus einem solchen Fonds auch einen Kommunisten unterstützte, der mich ständig öffentlich auf das heftigste angegriffen hat. Ich habe ihm das Geld unter falschem Namen zukommen lassen, weil ich annehmen musste, dass ihm die Entgegennahme einer Unterstützung von mir peinlich war."

Der Vorsitzende, Abg. Schwenk (Komm), schweigt zu diesen Ausführungen.

In nichtöffentlicher Sitzung nahm hierauf der Ausschuss noch zur Geschäftslage Stellung. Bei allen Parteien herrscht inzwischen die Meinung vor, so schnell wie möglich mit den Untersuchungen Schluss zu machen. Darüber wird in der nächsten Sitzung, die am Montag, dem 13. Oktober, stattfindet, Beschluss gefasst werden.

SPD. Leipzig, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die angeklagten Ulmer Leutnants haben das letzte Wort gesprochen. Sie haben um ihre Freisprechung gebeten, weil sie sich der Tat, deren sie angeklagt sind, nicht schuldig fühlen. Wir glauben an das subjektive Unschuldgefühl, empfinden aber nicht, dass die Mannhaftigkeit, mit der es jetzt betont wurde, den schlechten Eindruck verwischen kann, der dadurch entstand, dass die Angeklagten bei der Beweisaufnahme stets um den Tatbestand herum geredet haben. Die Angeklagten meinten im Schlusswort, dass sie nicht hochverräterisch sondern vaterländisch gehandelt haben. Sie sagten das überzeugt, auch subjektiv überzeugend und mit erstaunlicher Rednergabe; bei Scheringer klang etwas Aggressivität gegen den Oberreichsanwalt durch - er blieb aber sehr taktvoll - bei Wendt provozierender Trotz, Ludien klammerte sich nur an die Idee. Es ist tragisch, zu sehen, wieviel echte Begeisterung sich hier in der falschen Richtung bewegt.

Die Angeklagten, von denen gewiss keiner den Typ des schnoddrigen Vorkriegsleutnants repräsentiert, sind nach wie vor von der Rechtmässigkeit ihres Handelns überzeugt. Ihnen persönlich das Gegenteil zu beweisen, ist sehr schwer, denn sie denken ja in ihrer eigenen, stets einseitig beeinflussten Welt. Dieses Gegenteil juristisch zu beweisen, dürfte indes aufgrund der Zeugenaussagen sehr leicht sein und trotzdem kann man das Urteil und seine Begründung mit Neugier erwarten.

Die Verteidiger betonten in ihren Plädoyers in aller Ausführlichkeit das edle Wollen der Angeklagten. Wer möchte bezweifeln, dass ihr Glaube an die NSDAP ehrlich ist? Sie werden ihre Enttäuschung erst noch erleben. Übrigens war die letzte Verteidigungsrede - das Plädoyer von Rechtsanwalt Sack, dem Verteidiger von Wendt und Scheringer - erfreulicherweise keine nationalsozialistische Propagandarede mehr. Dr. Sack, der Typ des Konservativen der alten Schule, ist im Gegenteil der stärkste Antipode zu dem Gassenadvokaten Frank, der nach seiner schauspielerischen Darbietung in der Mittwochverhandlung bereits das Weite oder vielmehr seine Münchener Naziheimat wieder aufgesucht hat. Sacks Plädoyer war vornehm, geistvoll, gescheit - nur eines nicht: in der Beurteilung des Tatbestandes überzeugend. Sack schloss: "Man hat die an sich geringfügige Materie ungeheuer aufgebauscht, und der Schaden, der der Armee durch diesen Prozess erwächst, ist zurückzuführen auf die Schuld derjenigen Stellen, die das Verfahren überflüssigerweise eingeleitet haben. Grossinquisi-

tor-Kardinal-Oberreichsanwalt, Sie haben ja Ihre Pflicht getan! Sire, Hoher Senat, tun Sie die Ihre! Geben Sie Gedankenfreiheit!"

Oberreichsanwalt Nagel antwortete: Es ist mir von den Verteidigern vorgeworfen worden, dass ich nur die Protokolle des Herrn Untersuchungsrichters meinem Strafantrage zugrundegelegt hätte. Das ist nicht richtig. Ich habe nur gesagt, dass die Protokolle in den Ergebnissen der Hauptverhandlung im wesentlichen bestätigt worden sind. Bestätigt wurde, dass der Angeklagte Ludien mit den Zeugen Wintzer und Lorenz besprochen hatte, dass zunächst nichts geplant sei, dass möglicherweise aber in den nächsten Monaten etwas unternommen werden würde, vorausgesetzt, dass die Armee nicht gegen die Nationalsozialisten vergeht. Es wurde auch in Berlin gefragt, ob Ludien bereit sei, in diesem Sinne auf seine Kameraden in Jüterbog einzuwirken. Es ist auch bestätigt worden, dass das Ziel sei, die heutige Regierung durch eine andere zu ersetzen, eventuell durch einen gewaltsamen Sturz. Auch Leutnant Fürsen hat bestätigt, dass gesagt wurde, die Mannschaften müssten so national erzogen werden, dass sie wüssten, auf wen sie schossen. Es müsste vermieden werden, dass die letzte nationale Regung durch die Reichswehr kaputtginge. Gerade diese letzten Punkte stehen gar nicht in den Protokollen, sondern sind nur in der Hauptverhandlung zur Sprache gekommen. Ich glaube den Beweis dafür zu haben, dass eine Verbindung mit den Nationalsozialisten in München, die die Adressen zuverlässiger Leute sammelten, bestand. Es war nicht die Rede von einem Memorandum und von der Erweckung des Wehrgeistes. Zu diesem Zwecke hätte ja auch Ludien nicht nötig gehabt, von der Verbindung mit dem Grosskapital, das hinter der Sache stünde, zu sprechen. Zu diesem Zwecke dürften auch die Absagebriefe der Offiziere, die nicht mitmachen wollten, ganz zwecklos gewesen sein. Die Angeklagten, das scheint bewiesen zu sein, beabsichtigten etwas gegen den Gehorsam und gegen die Eidspflicht. Sie wollten den Nationalsozialisten Gewissheit verschaffen, es werde gegebenenfalls nichts gegen sie geschehen und sie wollten auch in diesem Sinne, der über blosses Politisieren und Theorisieren hinausgeht, wirken. Man muss doch wohl annehmen, dass junge Offiziere, die in dieser Weise reden und denken, sich schliesslich eine Vorstellung davon gemacht haben, wie sich dieser Kampf entwickeln wird. Haben sie sich diese Vorstellung nicht gemacht, so habe ich sie darin überschätzt. Es ändert aber nichts am Tatbestand, der dadurch nicht hinfällig gemacht wird. Gewiss konzediere ich den Angeklagten, dass sie etwas Gutes gewollt haben, aber das Motiv ist für die Feststellung der Schuldfrage unerheblich. Ein Hochverrat bleibe ein Hochverrat, auch wenn er aus edlen Motiven begangen ist. Es ist auch möglich, dass ein Kommunist in edler Absicht der Meinung ist, dass es für Deutschland das Beste wäre, wenn es ein Sowjet-Deutschland sei, und doch bleibt die Tat, die ein solches Sowjet-Deutschland vorbereiten will, trotz der edlen Absicht, Hochverrat. Im übrigen: wie kann die Meinung der Angeklagten als die allein massgebliche hingestellt werden, der sich das ganze Volk zu fügen hat? Was den Leutnants nicht passt und nicht gefällt, das sehen sie an als nicht zulässige Eingriffe des Reichswehrministeriums. Sie wollten, dass die Heeresleitung, die Reichsregierung und das ganze deutsche Volk nach der Pfeife des Leutnants tanzt. (Lachen im Zuschauerraum, Rüge des Vorsitzenden). Das braucht sich das deutsche Volk nicht gefallen zu lassen und kann sich das deutsche Volk nicht gefallen lassen. Der Staat ist nicht nur für die Leutnants und überhaupt nicht für einen einzigen Berufsstand da, sondern für das ganze deutsche Volk. Das ganze Volk hat ein Recht, zu bestimmen, wie der Staat eingerichtet sein soll, er darf nicht ein Spielball für die Leutnants sein. Wenn den Angeklagten bei der Strafe, die ich beantragt habe, Gelegenheit gegeben wird, über diese Dinge nachzudenken, so halte ich diese Strafe nicht nur für gerecht, sondern auch für sehr heilsam.

Rechtsanwalt Sack erwidert, dass es im wesentlichen nur militärische Gedanken gewesen seien, die die Angeklagten geleitet hätten. Nur nebenher wäre eine Sympathie mit einem Teilchen des Programms der NSDAP gelaufen.

Der Angeklagte Wendt führt in seinem Schlusswort aus: Wir wollten die Idee hochhalten, dass die Armee das Werkzeug für den Befreiungskampf sein soll. Den Befreiungskampf, den die Reichsregierung führt, kann ich nicht anerkennen. Ich glaube, ich kann im Namen der ganzen deutschen Jugend sprechen, wenn ich sage: die deutsche Jugend hat von einem Befreiungskampf eine andere Vorstellung. Mag das Urteil ausfallen wie es will: Ich habe die Hoffnung, dass durch diesen Prozess Gutes erreicht worden ist, indem zwischen dem Träger der Idee des Befreiungskampfes, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Reichswehr, die das Instrument dieses Kampfes sein wird, eine Brücke geschlagen worden ist. Die Motive unseres Handelns sind die Motive desselben Wollens, das seinen Ausdruck gefunden hat am 14. September, als es wie Frühlingsbrausen durch die ganze deutsche Jugend ging: Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!

Auch Ludien beruft sich auf Schiller, indem er feurig erklärt: Wir wollen nicht, dass unser Volk nach unserer Pfeife tanzt. Wir wollen, dass das Volk sieht, dass wir gewillt sind, ihm zu dienen. Ich bin kein Hochverräter, ich bin kein Meuterer, ich bin kein Defaitist. Bitte ich um Freispruch, so geschieht es nicht um meine Person, sondern weil ich mich als Teil jener Kraft fühle, die mit heissem Herzen am Wiederaufstieg und an der Wiedergeburt unseres Vaterlandes arbeitet. Lassen Sie mich mit dem Wort des grössten deutschen Dichters schliessen: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!

Und Scheringer: Unser ganzes Handeln war so, dass ich es mit gutem Gewissen nochmals tun würde. Jawohl, es geht mir um den Befreiungskampf. Aber diesen Befreiungskampf fassen wir anders auf, als die alte Generation. Ich muss sagen, dass das Rheinland heute nicht mehr bei Deutschland wäre, wenn in der Separatistenbewegung die "ruhigen, staatserhaltenden Elemente" geführt hätten. Das Rheinland bleibt uns erhalten, weil die Jugend und die Arbeiterschaft ihre vaterländische Pflicht getan haben!

SPD. Stuttgart, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der "Schwäbischen Tagwacht" schreibt Reichstagsabgeordneter Wilhelm Keil zum Programm der Regierung :

"Es wäre aber ein grosser Irrtum von Herrn Brüning, über den ihn die Vertreter der Sozialdemokratie nicht im unklaren lassen werden, wenn er annehmen würde, die Sozialdemokratie sei in der Lage und verpflichtet, sein Sanierungsprogramm aus der Besorgnis heraus, dass sonst der Missbrauch des Artikels 48 fortgesetzt und vergrößert werden könnte, ungesehen zu schlucken. Die Sozialdemokratie ist gewiss die zuverlässigste Hüterin der verfassungsmässigen Rechte des deutschen Volkes. Aber das bedeutet nicht, dass sie nun unter allen Umständen und um jeden Preis zur Vermeidung verfassungswidriger Massnahmen zu Brünings Vorschlägen ja sagen müsse. Es wäre ein sehr problematischer Schutz der Verfassung, eine Politik zu treiben, die durch ihre sozialen Auswirkungen breite Schichten der sozialdemokratischen Wähler zu Anhängern des Diktaturgedankens machen würde. Damit wäre weder den besitzlosen Massen, noch dem demokratischen Staate gedient. Das Sanierungsprogramm der Reichsregierung enthält Bestandteile, die in ihren Grundgedanken von der Sozialdemokratie akzeptiert werden können. Es enthält andere Bestandteile, die von ihr mit allem Nachdruck abgelehnt werden müssen. Die Sozialdemokratie wird daher genau wie im Juni zu den Einzelheiten des Programms sachlich Stellung nehmen, ihre Änderungsanträge zu stellen und von dem Schicksal dieser Anträge ihre Entscheidung abhängig zu machen haben."

SPD. Der Maschinenfabrikbesitzer Max Gruse in Freystadt hat in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Freystadt einen schwer beleidigenden Zwischenruf gegen den Preussischen Ministerpräsidenten getan. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Braun wegen dieser beleidigenden Äusserung Strafantrag gegen den Fabrikbesitzer gestellt.

Der Kaufmann Alfred Lindemann in Frankfurt a.O. tat in drei nationalsozialistischen Versammlungen im Juli d.J. in Grossdorf und Unruhstadt Äusserungen über die Gehälter der preussischen Staatsminister, die eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit und darüber hinaus eine schwere Beleidigung der preussischen Staatsminister enthielten. Weiter machte er über die Reichsflagge Bemerkungen, die ein Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz der Republik enthalten. Der Preussische Justizminister hat auf Grund eines Beschlusses des Preussischen Staatsministeriums gegen Lindemann Strafantrag gestellt.

In einer der letzten Sitzungen des Preussischen Staatsministeriums wurde beschlossen, gegen das Mitglied des Preussischen Landtags Grasse und gegen den Metallarbeiter Friedrich Kasimir in Perleberg Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen.

SPD. Bukarest, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Vor dem Klausenburger Strafericht wurde der Arbeiter Sandor Balo zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einem Gespräch über die blutigen Vorgänge von Lupeni, bei denen Militär blindlings in streikende Arbeiter geschossen hat, gesagt hat, man habe den Arbeitern anstatt Brot und Arbeit Kugeln gegeben.

SPD. Paris, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die scharfe Tonart, die Briand bei seiner letzten Rede in Genf gegenüber Deutschland angeschlagen hat, scheint, wenn man gewissen Gerüchten in den französischen diplomatischen Kreisen Glauben schenken darf, eine bedeutungsvolle Schwenkung in der französischen Aussenpolitik vorzubereiten. Frankreich soll danach nichts geringeres beabsichtigen, als den durch den Hitler-Sieg in Deutschland erschwerten Weg der deutsch-französischen Verständigung aufzugeben, um dafür bei Italien Rückendeckung zu suchen.

Wie wir schon vor einigen Tagen meldeten, sind trotz des Abbruchs der französisch-italienischen Flottenverhandlungen in Genf die in Paris geführten Besprechungen über die Aufnahme einer grossen italienischen Anleihe in Frankreich in Gang geblieben. Auch die römischen Verhandlungen über die italienischen Kolonialforderungen sind fortgesetzt worden. Am Donnerstag kündigt der "Petit Parisien" in einer offensichtlich offiziös inspirierten Auslassung an, dass alle diese getrennten Verhandlungen zu einer einzigen grossen Aussprache vereinigt werden sollen. Gleichzeitig aber bereitet das Blatt die französische öffentliche Meinung schon auf die Auflegung einer italienischen Anleihe am Pariser-Markte vor. Diese Operation, die nach den jahrelangen, manchmal recht hitzigen Polemiken, für den kleinen Mann in Frankreich einigermaßen überraschend kommen muss, wird dadurch schmackhaft zu machen gesucht, dass man von der Möglichkeit einer intensiven wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit zwischen den beiden lateinischen Schwesternationen in den Tönen der schönsten Propaganda spricht. Die beiden Länder könnten sich wirtschaftlich aufs vortrefflichste ergänzen, meint der "Petit Parisien", sowohl hinsichtlich des Rohstoffaustausches als auch hinsichtlich gemeinsamer Exportkontors.

So kann sich also Herr Hitler schmeicheln, mit seinen aussenpolitischen Ideen zunächst einmal die Geschäfte seines grossen Vorbildes Mussolini be-

sorgt zu haben. Das Deutsche Volk wird lange warten können, bis Mussolini wieder von der Revision der Friedensverträge sprechen wird, sobald er seine französische Anleihe in der Tasche und die geforderten Konzessionen in Tunis in sicherer Aussicht hat.

SPD. New York, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die in der nächsten Woche beginnende hochwichtige Jahreskonvention des amerikanischen Gewerkschaftsbundes in Boston wirft ihren bedeutsamen Schatten voraus. Die gesamte Nation sieht der angekündigten Rede des Präsidenten Hoover am Eröffnungstage mit Spannung entgegen. Die Konventionsberatungen werden ausschliesslich von der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit beherrscht sein, was bereits aus dem Jahresbericht der am Mittwoch begonnenen Vorkonvention des Metallarbeiterverbandes ersichtlich ist, der fünftägige Arbeitswoche, fünfstündigen Arbeitstag und Lohnsteigerungen fordert. Gleichzeitig sollen drei fünfstündige Arbeitsschichten pro Tag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit eingeführt werden. Die Forderungen werden mit den unheimlichen Fortschritten der Maschinenteknik begründet, die laut Bundesstatistiken in naher Zukunft weitere Millionen von Arbeitern brotlos machen werden. Die Schuld an der Wirtschaftskrise tragen die amerikanischen Wirtschaftsführer, die in der planmässigen Regelung der Industrietätigkeit kläglich versagt haben.

Das neuerschienene Buch Henry Fords "Moving Forward" schlägt in dieselbe Kerbe und sagt innerhalb zweier Jahrzehnte eine neue Industrierevolution voraus, aus der die Arbeiterschaft mit einem täglichen Minimallohn von 27 Dollars und 25stündiger Arbeitswoche als Amerikas Aristokratie hervorgehen werde. Hohe Löhne seien der Schlüsselpunkt zur modernen Weltwirtschaft, Produktion und Verbrauch seien nur durch Riesenlöhne auszugleichen. Ford wendet sich gegen die Einschränkung der Produktion und fordert verbesserte Absatzmethoden.

SPD. New York, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Leitartikel der New Yorker "Times" beschäftigt sich bei der Besprechung des Brüningschen Finanzprogramms mit der Stellungnahme der Sozialdemokratie, ohne deren Unterstützung oder Neutralität keine Regierungsmehrheit denkbar ist. Die Sozialdemokratie habe sich schon früher zur Erhaltung der Republik häufig schwere Opfer auferlegt. Es sei daher verfrüht, über quasi diktatorische Massnahmen zu diskutieren, von denen Deutschland genügende Erfahrung mit dem Artikel 48 besitze. Die ausserordentlichen Vollmachten des Reichspräsidenten seien auf Verlangen des Reichstages jederzeit rückziehbar. Der Reichstag sei der einzige Richter über seine Handlungen. Die Berliner Meldungen über die geplante unbegrenzte Vertagung des Reichstages seien daher unverständlich. Die einzige Möglichkeit, einen feindlichen Reichstag loszuwerden, wäre ein Staatsstreich, ja selbst ein Hindenburgscher Staatsstreich. Derartige werde zwar diskutiert, aber das eigentliche Motiv wäre wohl nur eine Geneigtmachung widerspenstiger Parteiführer.

Diese Ausführungen zeigen, mit welcher Missbilligung hierzulande das Spiel mit Staatsstreichideen gesehen wird und welcher Wert auf die Regierunsmitarbeit der Sozialdemokraten gelegt wird.

SPD. München, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Hitler macht in seinem "Völkischen Beobachter" verzweifelte Anstrengungen, die ihm peinliche Tatsache aus der Welt zu leugnen, dass sein neuester englischer Freund, Rothermere, jüdisches Blut in den Adern hat. Sein Hauptschriftleiter Alfre Rosenberg behauptet fest und steif das Gegenteil. Er brachte so-

gar ein allerdings reichlich verschwommenes Bild über Rothermere in seiner Zeitung, um darzutun, dass der Mann nicht den geringsten jüdischen Zug aufweist. Dieser gleiche Rosenberg hat vor zehn Jahren genau das Gegenteil behauptet. Kein geringerer als General Ludendorff hat diese Entdeckung gemacht und nützt sie nun in seiner "Ludendorff Volkswarte" weidlich aus. Im Jahre 1920 gab Rosenberg im Deutschen Volksverlag München ein Buch mit dem wundervollen Titel "Die Spur der Juden im Wandel der Zeiten" heraus. Darin finden wir folgende Stelle :

"König Eduards Günstlinge und vertrauliche Ratgeber waren zwei Juden, Abraham Sassoon und der aus Deutschland eingewanderte Ernest Cassel. Heute heissen die Kulissenschieber im Oberhaus Montague (Montag, ein gewesener Uhrmacher aus Galizien), Rothschild, Wandsworth (Stern), Burnham (Levy Lawson), Herschel (Naphtali), Ludloy (Lewi), Michelham (Stern), Northcliffe (Harmsworth-Stern), Rothermere (dessen Bruder) und andere.

Fürwahr die Sache der Juden liegt in guten Händen und neben ihrer englischen Orientierung sind alle Juden allmählich einig geworden, ob sie Zionisten oder Antizionisten sind; deshalb haben sie die Entente, besonders aber England in der Bekämpfung des Landes mit allen Mitteln unterstützt, das diesem Staat entgegenstand, des Deutschen Reiches."

Mit grimmigem Hohn bemerkte Ludendorff dazu: "Blutiger ist noch nie eine antisemitische Bewegung in ihrer eigenen Zeitung verhöhnt worden. Ist es der antisemitischen NSDAP und ihrem Leiter Hitler keine Schande mehr, von jüdischer Weltleitern und Kriegshetzern gegen Deutschland so gelobt zu werden. Ja, ist es ihnen nicht eine unauslöslliche Schande, dieses Judenlob in dem Parteiblatt als Aufsatz wörtlich zu bringen und so zu kommentieren, ohne den Lesern gleichzeitig mitzuteilen, dass dieser Rothermere der Jude Stern und bekannte Kriegshetzer und Deutschenverleumder ist? Es ist eine völkische Schande und eine Schmach für eine sich antisemitisch nennende Bewegung, wie Juden sie nie auf sich lüden."

SPD. Paris, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Zwischen der sozialistischen Stadtratsfraktion in Lyon, die 29 Mitglieder zählt, und dem Bürgermeister der Stadt, Herriot, ist ein neuer schwerer Konflikt ausgebrochen, in dessen Verlauf die drei sozialistischen Sekretäre der Bürgermeisterei ihre Demission eingebracht haben. Der Grund hierfür war, dass Herriot willkürlich einen neuen Sekretär ernannt hat, ohne die drei Sozialisten zu fragen. Eine grosse Protestinterpellation, die Anfang nächster Woche durch die sozialistische Stadtratsfraktion eingebracht werden wird, soll die unerquickliche Lage beseitigen.

SPD. München, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Infolge des in Bayern immer noch bestehenden Verbotes des Aufmarsches uniformierter Verbände politischen Charakters wurde dem Stahlhelm die Beteiligung an der Leichenparade des verstorbenen Prinzen Leopold untersagt. In wütenden Protesten fällt deshalb die deutschnationale Parteileitung, als die Schirmherrin des Stahlhelms über den Innenminister Stützel her und lehnt für ihre Partei jede politische Verantwortung für die Handlungen der derzeitigen Geschäftsregierung ab. Der Stahlhelm hat unterdessen an Hindenburg telegraphiert, der am Freitag ja an der Beerdigungsfeier, die unter rein militärischem Gepräge vor sich geht, teilnimmt. Im Hinblick auf das Verhalten Hindenburgs gegen die preussische Regierung anlässlich der Rheinland-Befreiungsfeiern erhoffen die nationalistischen Schreier, unter denen sich die Nationalsozialisten besonders hervortun, ein Eingreifen des Reichspräsidenten bei der bayerischen Regierung zugunsten des Stahlhelms.

SPD. Paris, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Bei dem "Verschwörer-Frühstück" in Bar-Le-Duc scheint, wie allmählich aus den offiziellen Kreisen durchsickert, der ehemalige Ministerpräsident Poincaré seinen Wiedereintritt in die politische Arena und in die Regierung endgültig durchgesetzt zu haben. Man erinnert sich, dass im Frühjahr dieses Jahres, nach dem Sturz des kurzlebigen Linkskabinetts Chautemps, der Präsident der Republik bereits Poincaré mit der Regierungsbildung beauftragen wollte, Poincaré hatte das mit Rücksicht auf seine noch nicht vollständige Genesung abgelehnt, hatte jedoch durchblicken lassen, dass er nur auf seine Gesundung warte, um erneut die Zügel der Regierung zu ergreifen. In allen politischen Kreisen Frankreichs ist man der Ansicht, dass Poincaré sofort nach der Wiedereröffnung des Parlaments seinen Statthalter abzulösen gesonnen sei. Tardieu selbst, der sich nicht mehr allzu stark fühlt, dürfte dieser Wunsch Poincarés nicht gerade unangenehm sein. Man behauptet, dass er sich ohne Schwierigkeiten gebeugt habe unter der Bedingung, dass ihm selbst die Leitung des Innenministeriums verbleibe. Man will sogar wissen, dass Tardieu gar nicht mehr den Zusammentritt des Parlamentes abwarten wird, um zu demissionieren, sondern dass er bei irgend einer erzwungenen Gelegenheit schon vorher seinen Rücktritt freiwillig ankündigen werde. Den Anlass dazu könnte ihm vielleicht die Demission des Luftfahrtsministers Laurent-Eynac bieten, der es entgegen seinen früheren Leistungen nicht verstanden hat, das französische Flugwesen wieder zu reorganisieren. Endlich glaubt man in politischen Kreisen sogar schon ankündigen zu können, dass Poincaré eine Regierung der Grossen Koalition mit Einschluss der Radikalen bilden will, dass er also versuchen werde jene nationale Union wieder herzustellen, wie sie einst vor dem Kongress von Angers bestanden hatte.

SPD. Mainz, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Seit Mittwoch nachmittag tagt in Mainz der 5. Verbandstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter, der freigewerkschaftlichen Organisation der Gemeindebeamten. Schon bei der Eröffnung des Verbandes wurde die republikanische und friedensfreundliche Einstellung des Verbandes stark unterstrichen. In den Begrüßungsansprachen klangen die letzten Ereignisse nach und besonders das am gleichen Tage veröffentlichte Programm der Regierung Brüning fand selbstverständlich lebhaftes Echo. Allgemein wurde betont, dass die Beamten selbstverständlich wie jede andere Volksschicht zu Opfern bereit sind, dass es aber ungerecht ist, sie allein heranzuziehen und nicht alle Kreise, die in gesichertem Einkommen standen.

Der Mainzer Oberbürgermeister Kulb setzte sich sehr warm für die Aufrechterhaltung der Erwerbslosenfürsorge ein, die er als eine reine Menschenpflicht bezeichnete. Auch er wandte sich gegen die einseitige Belastung der Beamten. Die sozialdemokratische Reichstags- und preussische Landtagsfraktion war vertreten durch den preussischen Landtagsabgeordneten Rautenberg, der ebenso wie später Falkenberg, der Vorsitzende des ADB für ein noch engeres Zusammenrücken von Partei und Gewerkschaften eintrat. Der Geschäftsbericht wurde vom Verbandsvorsitzenden erstattet. Aus dem Bericht geht vor allen Dingen hervor, dass der Verband in den letzten Jahren einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gehabt hat.

Einen besonders starken Eindruck erhielt die Tagung durch ein Referat des Reichsinnenministers a. D. Severing, der am Donnerstag morgen über "Der Beamte im neuen Staat" sprach. Severing legte dar, dass die Gesinnung allein noch lange nicht entscheide, dass auch ein Mindestmass von sachlicher Eignung vom Beamten verlangt werden müsse. Er meinte: Das wäre eine merkwürdige Demokratie und ein merkwürdiger Volksstaat, der seine Beamten nur von einer politischen Richtung beziehe. Sehr heftig und unter dem Beifall der Versammlung wandte sich Severing an den Begriff "Futterkrippe", den er nicht erfunden

habe. Wenn früher die Beamtenstellen nur einer bestimmten Schicht vorbehalten gewesen seien, dann müsse es sich auch um eine Futterkrippe gehandelt haben. Wenn nun neue Kräfte in den Beamtenkörper eingeströmt seien, so handle es sich höchstens um eine Art "Schichtwechsel".

Severing betonte entschieden, dass er keine Unterschiede zwischen alten und neuen Beamten kenne. Es gebe innerhalb und ausserhalb Ilions geistig Minderbemittelte und geistig gut Bemittelte. Der Redner ging auch auf das Program der Reichsregierung ein, das die allergrössten Fehler enthalte. Die Beamten-Gehaltskürzung um sechs Prozent ohne Staffelung sei eine Ungerechtigkeit. Man habe nicht zugleich auch weitere Zuschläge zur Einkommensteuer gefordert, und wenn man zu gleicher Zeit die Vermögenssteuer erst bei 20 000 Mark beginnen lasse, so sei das ein schwerer psychologischer Fehler. Sehr scharf wandte sich Severing auch gegen die verschärfte Haushaltskontrolle der Gemeinden, und er vermisst jede Erwähnung der Reichsreform. Von Beamten-Aufblähung in den Gemeinden könne bei den gesteigerten Aufgaben der Gemeinden keine Rede sein. Die Wirtschaftsführer, die am meisten über den aufgeblähten Beamtenapparat schimpften, sollten erst einmal im eigenen Hause anfangen mit dem Abbau von übersetzten leitenden Posten und der übergrossen Gehälter. Severing schloss seinen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag mit dem Hinweis auf die schweren Kämpfe, die bevorstehen, und er ermahnte die Beamtenschaft fest zusammenzustehen in dem Willen, sich nicht auf ein tieferes Niveau abdrängen zu lassen.

Anschliessend an das Referat Severings begrüsst der hessische Innenminister Leuschner den Verbandstag. Ihm folgte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler für die kommunistische Reichstags- und Landtagsfraktion, der den Beamten die Waffe der passiven Resistenz und des Streiks empfahl. Darauf sprach der Verbandsvorsitzende Theek über die Reform der Selbstverwaltung. Er geisselte besonders das heillose Durcheinander, die Kompetenzüberschreitungen und die juristischen Komplikationen, die unser Verwaltungsleben so sehr erschwere. Mit betonter Schärfe wandte er sich gegen den Gesetzentwurf Gross-Berlins, der dem Oberbürgermeister eine autokratische Machtfülle geben wolle, die die des Reichspräsidenten noch übersteige. Ebenfalls wandte sich der Redner scharf gegen jede Erweiterung der Staatsaufsicht und bezeichnete diese Bestrebungen als den Tod der Selbstverwaltung. Der Redner legte in diesem Zusammenhang auch ein Bekenntnis zur Reichsreform ab, die gerade vom Standpunkt der Selbstverwaltung zu erstreben sei.

SPD. Bochum, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Ruhrgebiet war am Donnerstag die Nachricht verbreitet, der Reichsarbeitsminister Stegerwald werde anfangs nächster Woche in Essen wegen der grossen Arbeiterentlassungen und der dadurch bedingten zunehmenden Radikalisierung eine Besprechung mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern abhalten. Sowohl bei den Gewerkschaften aller Richtungen als auch bei den in Frage kommenden Arbeitgebern war bis Donnerstag abend eine Mitteilung über eine solche Besprechung nicht eingegangen.

SPD. Essen, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das erweiterte Schöffengericht Essen verurteilte am Donnerstag fünf Kommunisten aus Gladbeck wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von drei bis acht Monaten. Die Verurteilten hatten am 5. August in Gladbeck nach einer nationalsozialistischen Versammlung heimkehrenden Nationalsozialisten aufgelauert und sie mit Steinen beworfen, wobei zwei der Überfallenen schwer verletzt wurden. Ein Kommunist, der während der Versammlung mit einem Schlagring bewaffnet angetroffen wurde, erhielt aufgrund der neuen Waffenverordnung drei Monate Gefängnis.

SPD. Genf, 2.Okt. (Eig.Drahtber.)

In zweitägiger Aussprache hat die Vollversammlung des Völkerbundes den Bericht und die Entschliessung der Wirtschaftskommission angenommen. Die Entschliessung bezieht sich in den Hauptpunkten auf die Aufnahme der Untersuchung der schwebenden Präferenz=Frage an die Wirtschaftskommission Europas, die Behandlung der Meistbegünstigungsklausel durch die kommende Regierungskonferenz und die Einleitung eines gemeinsamen Vorgehens gegen jede Art von Dumping. Die in den Kommissionsdebatten laut gewordenen entgegengesetzten Aeusserungen wurden nochmals ausdrücklich als Vorbehalte formuliert.

Die feierliche Paraphierung des Konventionsentwurfes über Finanzhilfe im Kriegsfall oder bei Kriegsgefahr brachte sofort die Unterschriften von 28 Staaten. Deutschland hat nicht unterzeichnet, angeblich, weil der Aussenminister erst dem Kabinett berichten müsse und weil die geforderte Garantie von acht Millionen Goldfranken angesichts der Finanzschwierigkeiten des Reiches abgelehnt werden müsse. Nach einer so aktiven Mitarbeit und angesichts der Unabhängigkeit der Konvention von einer vorherigen Abrüstung ist diese Haltung, die nur erneut ein Misstrauen gegen das heutige Deutschland unterstützt, nicht zu verstehen.

SPD. Köln, 2.Okt. (Eig.Drahtber.)

Am Donnerstag wurde in Köln unter dem Beisein von Henry Ford und Oberbürgermeister Adenauer die Grundsteinlegung zur Kraftwagen=Fabrik Ford im Kölner Industriehafen vollzogen. Die Urkunde zur Grundsteinlegung hat folgenden Wortlaut: "Der Gründer der weltumspannenden Fordwerke, Henry Ford, legte den Grundstein zu diesem Werk, das in friedlichem Wettbewerb helfen soll, Brücken zu schlagen von Land zu Land. Köln, den 2. Oktober 1930."

Bei seinen drei Hammerschlägen sagte Henry Ford, er hoffe, dass dieses Werk dem deutsche Volke zum Heile gereichen werde.

SPD. Genf, 2.Okt. (Eig.Drahtber.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes wird, nach einer Mitteilung des Präsidenten, am Sonnabend, den 5. Oktober in einer Vormittagssitzung geschlossen werden.

Reichsaussenminister Dr. Curtius ist am Donnerstag nachmittag um sechs Uhr in Begleitung verschiedener Berater und des Reichspressechefs nach Berlin zurückgefahren. In der Ratstagung, die am Freitag stattfindet, vertritt ihn Graf Bernstorff.

In der Donnerstag=Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates wurde nur ein Punkt behandelt: der Vertreter Schwedens, Unden, wurde zum Schiedsrichter in den bulgarisch=griechischen Streitfall wegen des Privatbesitzes griechischer Bürger auf bulgarischem Gebiet ernannt.

SPD. Trier, 2.Okt. (Eig.Drahtber.)

Im Bahnhof Cochem bestieg ein alter Mann mit einem Kind den zum Gepäckraum führenden Fahrstuhl. Plötzlich riss das Seil und der Aufzug stürzte mit seinen beiden Insassen in die Tiefe. Der alte Mann erlitt mehrere Beinbrüche, das Kind wurde so schwer verletzt, dass an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

SPD. Stuttgart, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie die Eisenbahndirektion Stuttgart mitteilt, hat am Donnerstag mittag 14.10 Uhr die Lokomotive des D-Zuges Friedrichshafen-Stuttgart-Frankfurt auf dem Bahnhof Ummendorf eine Motorstrassenwalze, die den Bahnsteig neu zu walzen hatte und dabei dem Gleis zunahe gekommen war, auf der Durchfahrt gerammt und beiseite geschleudert. Dabei sind 2 Bahnarbeiter getötet, ein Bahnarbeiter schwer, ein weiterer Bahnarbeiter und der Walzenführer leicht verletzt worden. Die Lokomotive des D-Zuges wurde beschädigt und musste durch eine Ersatzlokomotive abgelöst werden, die den D-Zug mit 40 Minuten Verspätung weiterbeförderte. Reisende sind nicht zu Schaden gekommen.

SPD. Wien, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Heute ist der ständige Unterausschuss des Hauptausschusses zusammengetreten, der mit der Regierung zusammen den Wahltag zu bestimmen hat. Die Regierungsparteien beantragten, den 9. November als Wahltag zu bestimmen. Im Sinne der Opposition beantragte der Landbündler Zangl, der Regierung das Misstrauen auszusprechen, weil sie den Nationalrat aufgelöst hat, ohne ihm Gelegenheit zu geben, über ein Vertrauensvotum abzustimmen und unter diesem Vorbehalt den 9. November als Wahltag zu bestimmen. Da der Präsident diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen will, beantragte Dr. Bauer, festzustellen, dass das Vorgehen der Regierung dem Geiste der Bundesverfassung widerspreche und den Bundespräsidenten zu ersuchen, die Bundesregierung des Amtes zu entheben. Es entspann sich über diese Anträge eine lange Debatte. Schliesslich erklärte der Präsident, dass er beide Anträge nicht zur Abstimmung bringe. Es wurde dann der Antrag der Regierungsparteien, den Termin der Wahlen für den 9. November festzusetzen, angenommen.

SPD. London, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Durch ein Bergwerksunglück in Walsall (Staffordshire) wurden am Donnerstag 14 Bergleute getötet. Das Unglück ereignete sich während des Schichtwechsels durch Entzünden giftiger Gase. Glücklicherweise war der grösste Teil der Belegschaft während der Explosion ausserhalb der Arbeitsstätte.

SPD. London, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Labour-Regierung hat am Donnerstag einen Konsolidierungsplan für die gesamten Verkehrsmittel der Stadt London veröffentlicht, der den gesamten Londoner Verkehr vereinheitlichen und unter der Obhut einer staatlich beaufsichtigten Gesellschaft zusammenschweissen soll.

SPD. London, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der bisherige deutsche Botschafter Dr. Sthamer hat am Donnerstag London verlassen. Aussenminister Henderson sowie der englische König liessen sich an der Abfahrtstelle persönlich verabschieden.

SPD. London, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der "Manchester Guardian" sagt in einem Leitartikel über die österreichische Krise: Die neue Regierung des Herrn Vaugoin sei ausserordentlich reaktionär und als besonders gefährlich muss es bezeichnet werden, dass die Schluss-

selbststellung des Kabinetts in den Händen des Herrn von Starhemberg liege, dem Führer der Heimwehr und dem früheren Mitglied der Hitlerschen Nationalsozialistischen Partei. Es sei kein Zweifel, dass der Hauptanstoß der neuen Regierung den österreichischen Sozialisten zugebracht sei, aber es sei zweifelhaft, ob es möglich sei die ausserordentlich starke Stellung der österreichischen Sozialisten zu schwächen.

SPD. Prag, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

96 Funktionäre der tschechischen Faschistischen Partei, darunter auch der ehemalige Abgeordnete Gajda als Hauptschuldiger, erhielten vom Kreisgericht in Prag die Verständigung, dass gegen sie auf Grund des Republiksschutzgesetzes das Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet wurde. Es wird ihnen vorgeworfen, Anschläge gegen die Republik geplant, sich zu diesem Zwecke unerlaubt bewaffnet und staatsfeindliche Vereinigungen geschlossen zu haben.

SPD. Prag, 2. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die tschechische Regierung bereitet ein Gesetz vor, in dem sie zu ausserordentlichen Massnahmen zwecks Bekämpfung der durch die industrielle Depression und Agrarkrise hervorgerufenen wirtschaftlichen und sozialen Schäden ermächtigt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Das Ministerium der Heimwehren.

SPD. Wien, 2. Oktober (Eig. Drahtber.)

Wenn man die Ernennung des Ministeriums Vaugoin und die Aufnahme der zwei Heimwehrführer in das christlichsoziale Minderheitskabinett verstehen will, so muss man bis auf den Rücktritt Seipels, zwei Tage nach Ostern 1929, zurückgehen. Man verstand damals nicht, warum Seipel auf einmal die Flinte ins Korn geworfen haben und von der Politik geflohen sein sollte. In Wirklichkeit war er nur deshalb zurückgetreten, um seine Pläne leichter, als er es als Bundeskanzler vermochte, betreiben zu können. Als er von der Mittelmeerreise, die er nach seinem Rücktritt unternommen hatte, zurückkam, sagte er selbst, er sei weggefahren, um "durch seine Abwesenheit sein politisches Konzept durch die Arbeit anderer vollenden zu lassen."

Während die Heimwehrführer den "Marsch nach Wien", die Eroberung Wiens "mit der Waffe in der Faust" ankündigten, intrigierten Seipels Beauftragte gegen die Lösung der Krise. Es dauerte einen vollen Monat, ehe man einen Bundeskanzler fand, und weitere drei Wochen, ehe dieser seine Regierung fertig brachte. Der neue Bundeskanzler war der Grossindustrielle Streeruwitz, ein Mann vom gemässigten Flügel der Christlich-sozialen. Die Seipel-Klique zwang ihm aber als Heeresminister Herrn Vaugoin, den derzeitigen Kanzler, auf, mit dem von der "Reichspost", dem christlich-sozialen Zentralorgan, offen ausgesprochenen Argument, dass "nur Vaugoins Wiederwahl der neuen Regierung das Vertrauen jener Kreise wiedergewinnen könne, deren Glaube an das Parlament und den Parlamentarismus, ja vielfach selbst an die Demokratie erschüttert" sei. Hier haben wir also das Programm Vaugoins mit dem der Heimwehren offen identifiziert. Um diese Zeit hielt Seipel in Tübingen einen Vortrag, in dem er über die Uebel der "Parteiherrschaft" klagte und darüber, dass die Abgeordneten "unter dem Einfluss der hinter ihnen stehen Wähler bleiben."

Es kam dann der Sommer der Heimwehraufmärsche, wobei sich Seipel immer offener an die Seite der Heimwehren stellte. Dann kam schliesslich der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt und dann die Regierung Schober, die die weiteren Zusammenbrüche aufhalten musste. Unter dem Eindruck dieses Krachs flaute die Heimwehrebewegung etwas ab. Aber heuer im Frühjahr begannen die Aufmärsche von neuem und am 18. Mai liess Steidle, der Heimwehrführer und christlich-soziale Bundesrat, seine Mannen in Korneuburg ein Gelöbnis auf den Fascismus ablegen. Starhemberg war in Korneuburg nicht erschienen, aber er beeilte sich zu erklären, dass ihm das Vorgehen Steidles noch zu wenig radikal sei. Unter dem Einfluss Seipels beschliesst die christlichsoziale Fraktion am 4. Juni, dass der Korneuburger Eid, den auch christlichsoziale Mandatäre geleistet hatten, mit den Grundsätzen der christlichsozialen Partei vereinbar sei.

Im April hatte Seipel, um die widerstrebenden Elemente der Partei zum Gehorsam zurückzuführen, seine Obmannsstelle zurückgelegt und war nach Deutschland abgereist. Sein Rücktritt wurde zwar mit seiner geschwächten Gesundheit begründet, aber seine Getreuen selbst hatten verraten, dass auch politische Gründe massgebend waren. Einstimmig bittet ihn der Klub, zurückzukehren. Wenige Stunden nach diesem Beschluss hält er in Elberfeld eine Rede, in der er es als Irrtum erklärt Demokratie und Republik zu verwechseln oder gar Demokratie mit Parlamentarismus! Nun überlässt er die Stelle des Obmanns seinem getreuen Knappen Vaugoin, mit dem zusammen er den gemässigten Flügel seiner Partei immer mehr zurück drängt, bis er es schliesslich wagen kann, offen das Bündnis mit der Heimwehr zu verkünden. Aber auch da sucht er sich ein Alibi und während Vaugoin in seinem Auftrag das Messer schärft, um Schober abzuschlachten, unternimmt er eine Vortragsreise nach Norwegen.

Aber dieser hat in der Abwesenheit des Meisters die Karten zu sehr aufgedeckt, sodass die Koalitionsgenossen nicht mehr mit können. Vergeblich sucht

Seipel nochmals mit der antimarxistischen Parole die alte Front wiederherzustellen. Da ihm das nicht gelingt, muss er - vorzeitig - die Regierung mit den Heimwehren bilden. Immer hat er auf dieses Ziel hingearbeitet und hat planmässig die Stimmung im Bürgertum dafür beeinflusst. Die antimarxistische Front aller bürgerlichen Parteien einschliesslich der Heimwehren hat er in seinem letzten Interview auf der Fahrt nach Wien als sein Ziel hingestellt. Stattdessen hat er die Einheitsfront des Bürgerblocks zerschlagen und muss mit den Heimwehrlführern allein eine Minderheitsregierung bilden, die es nicht einmal wagen kann vor das Parlament zu treten, weil sie sofort gestürzt würde. Das ist der wahre Grund, warum die Regierung das Parlament auflöst, ohne auch nur die in Aussicht genommene Sitzung abzuhalten. Nicht Stärke, sondern Schwäche hat diese antiparlamentarische Geste hervorgerufen.

Dabei scheint es, dass ihr auch die Aufnahme der Heimwehr in das Kabinett nicht einmal die ganze Kraft der Heimwehr zuführt, dass vielmehr unter den Heimwehren selbst der Widerstand dagegen, dass die Heimwehr aus einer überparteilichen, alle reaktionären Kräfte des Bürgertums zusammenfassenden Organisation zu einer Parteigarde der Christlichsozialen nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die anderen nicht minder antimarxistischen, nicht minder antisozialistischen Parteien gemacht wird, die Kraft der Heimwehren und ihrer Verbündeten schwächen wird.

Wie dem aber immer sei, die Sozialdemokratie, die sich stark genug fühlte, es mit dem geeinigten Bürgerblock aufzunehmen, geht um so zuversichtlicher in den Kampf gegen den einen Teil des Bürgerblocks, der sich überaus durch sein Bündnis mit den fascistischen Feinden der Demokratie kompromittiert hat!

SPD. New York, 2. Okt. (Eig. Drahtber.)

Bei dem Zusammensturz eines vierstöckigen Wohnhauses im Greenwich-Distrikt wurden fünf Personen getötet und neun schwer verletzt. Der Zusammensturz wurde durch den Abbruch eines nahestehenden Wohnhauses verursacht. Die Staatsanwaltschaft ordnete die Verhaftung des verantwortlichen Leiters der Baufirma an.

SPD. Havanna, 2. Okt. (Eig. Drahtber.)

Die cubanische Regierung plant die Aufhebung der verfassungsmässigen Garantien bis nach den Novemberwahlen. Das Parlament wird am Freitag zu einer Sondersession zusammentreten. Der Präsident Machado besteht in seinen Verhandlungen mit den Parlamentsführern auf derartigen Vollmachten, die ihm unter dem Deckmantel der Erhaltung der öffentlichen Ordnung erlauben, die Wahlen wunschgemäss zu beeinflussen.

SPD. Bukarest, 2. Okt. (Eig. Bericht)

Nach der letzten Statistik wächst die Zahl der arbeitslosen Beamten in Rumänien zusehends. Die Gesellschaft Morgan, die kürzlich die rumänische Telefonkonzession erhielt, hat mehr als 20.000 Gesuche um Einstellung innerhalb von 5 Tagen erhalten.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Verlorene Illusionen.

SPD. Die Wirtschaftskrise greift um sich. Immer mehr Arbeiter und Angestellte fallen der Arbeitslosigkeit anheim. Die kapitalistischen Betriebe setzen rücksichtslos Arbeiter und Angestellte auf das Fflaster. Die Entlassung macht nicht halt vor den leitenden Angestellten, die sich bisher als Vertreter des Unternehmens oder der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft gefühlt haben. Alle Illusionen, dass zwischen solchen leitenden Personen und den Unternehmern ein Band der Solidarität besteht, gehen zum Teufel, wenn die rücksichtslose Entlassung kommt!

Vor dem Landesarbeitsgericht Chemnitz klagte ein Prokurist der Aktien-Spinnerei A.G., der seit 40 Jahren bei der Firma beschäftigt war, wegen eines Ruhegehaltes von monatlich 275 Mark, das ihm ein Direktor für den Fall versprochen hatte, dass er sich abbauen liesse. Die Schwierigkeiten, in die die Firma geraten war, hatten dazu geführt, dass man drei langjährige Prokuristen abbaute. Man versprach ihnen Pension, aber man schloss mit ihnen darüber keinen schriftlichen Vertrag. Einer der Direktoren gab ein Versprechen, angeblich im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates, es blieb bei diesem Versprechen, die Firma weigerte sich nach der Entlassung Pension zu zahlen. Angesichts dieser Sachlage gelang es dem Kläger nicht, ein obsiegendes Urteil zu erzielen. Alles Bitten des Entlassenen, ihm freiwillig ein kleines Ruhegehalt zu zahlen, blieb erfolglos. Nach vierzigjähriger Tätigkeit sitzt dieser Prokurist auf der Strasse, ebenso wie ein Arbeiter und Angestellter, der entlassen wird, wie alle jene, die in seiner Tätigkeit selbst entlassen hat.

Nach 40jähriger Tätigkeit, in der sich dieser Prokurist als ein Stück vom Unternehmertum selbst gefühlt hat, kommt ihm nun plötzlich zur Erkenntnis, dass auch er nur ein Arbeitnehmer ist, ein Angestellter wie andere Angestellte. Je stärker die Krise wird und je deutlicher sich in der Krise die Brutalität des Unternehmertums offenbart, umso klarer werden die Klassenfronten. Um die Betroffenen in dieser Lage zu klarem Klassenbewusstsein zu erziehen, ist es erst nötig, auch noch einen ungeheuren Wust von falschen Ueberlieferungen, falschen Vorstellungen und politischer Primitivität zu beseitigen, wenn auf den Verlust der Illusion klare Erkenntnis und nicht neue Illusion folgen solle!

Im Dritten Reich.

Im Leipziger Reichswehrprozess wurde ein geflügeltes Wort eines der Offiziere bekannt, die die nationalsozialistische Zellenbildung in der Reichswehr versuchten, um das Reichsheer für den Putsch für das dritte Reich einzuspannen. Das Wort lautete: "Na warte man, im dritten Reich bestimmen wir selbst die Rangliste!" Das war natürlich der wesentlichste Gesichtspunkt und die Haupttriebkraft für diese Bestrebungen. Wenn auch in grossen Tönen im Prozess von nationaler Gesinnung, vom Wehrwillen und von den vaterländischen Gefühlen geredet wurde, die Hauptsache ist doch die Rangliste. Die Herrschaften wittern Morgenluft und also wollen sie avancieren.

Zur Zeit der Revolution waren sie dagegen bescheiden, sehr bescheiden. Ein intimer Kenner der Verhältnisse im kronprinzlichen Hauptquartier hat kürz-

lich erzählt, dass kurz vor dem Ausbruch der Revolution die kronprinzliche Abendtafel sich über das unterhielt, was nach der Revolution werden sollte. Der Kronprinz wollte Pferdezüchter werden, der Chef des Stabes schwärmte von einem netten kleinen Zigarrengeschäft und ein Dritter sah sich bereits als Hotelgeschäftsleiter im eleganten Cut.

Damals waren die Herren bürgerlich, sehr bürgerlich und noch dazu sehr offenerzig über ihre eigenen Fähigkeiten. Heute denken sie aber nicht mehr an den Zigarrenladen und an den eleganten Cut eines Hotelgeschäftsführers, heute wollen sie wieder Uniformen haben, wollen avancieren und die Herren spielen. Das ist der ganze Sinn des Dritten Reiches, von dem sie träumen. Aber auch die ernste Spannung der gegenwärtigen Situation spiegelt sich in dieser Wandlung der Zukunftsperspektive zwischen damals und heute.

Zuchthausparagraf zweiter Auflage?

Herr Hitler bemüht sich, durch Mittelsmänner auf den Reichspräsidenten einzuwirken, um jene Propaganda, die vor noch nicht einem Jahre mit dem berühmtesten Zuchthausparagrafen des Hugenberg-Hitler-Volksbegehrens gegen Herrn von Hindenburg betrieben wurde, in Vergessenheit zu bringen. Indessen droht die nationalsozialistische Presse dem Reichspräsidenten für den Fall, dass er sich den Absichten der Jünger des dritten Reiches nicht willfährig erweisen sollte, mit einem neuen Zuchthausparagrafen. Man liest im "Völkischen Beobachter":

"Bekanntlich enthält die Verfassung auch einen Artikel, der eine Anklage gegen den Reichspräsidenten vorsieht. Wir warnen Herrn von Hindenburg, sich im Interesse des Zentrums und einiger bankerotter Politiker gegen Deutschland zu stemmen."

Das ist eine deutliche Drohung mit dem Staatsgerichtshof. Der Staatsgerichtshof ist bekanntlich das A und O nationalsozialistischer Politik. Selbstverständlich der Staatsgerichtshof des dritten Reiches, dessen Urteile nur auf Köpfe hängen und andere Todesarten lauten sollen. Seit dem Wort des Herrn Hitler in Leipzig, dass die Köpfe in den Sand rollen werden, ist das Hängen etwas in den Hintergrund getreten. Nach dieser massiven Drohung des "Völkischen Beobachter" bleibt nur noch die Frage: Soll auch der Kopf des Reichspräsidenten in den Sand rollen?

Gib ihm Saures!

Die Presse der nationalsozialistischen Opposition verkümmert, die des Herrn Hitler entfaltet sich. Otto Strassers Organ, der "Nationale Sozialist", das bisher als Tageszeitung erschien, wird künftig nur noch halbwochentlich erscheinen. Das Organ des Herrn Goebbels, der "Angriff" jedoch, wird aus einer Halbwochenschrift in eine Tageszeitung ausgebaut werden. Herr Goebbels kündigt diese Wandlung in seinem Blatt voll Stolz an. Sein Aufsatz schliesst mit zwei Sätzen, die bezeichnend sind für das gesamte Wesen der Hitler-Agitation: "Gib ihm Saures. Heran an den Feind!"

Aus aller Welt

Weisses Gift.

Razzia in der Friedrichstadt. - "Salizyl-Kokain", die grosse Gefahr. - Der Sturm auf die Kokshändler. - Die Tragödie der Unheilbaren.

SPD. In einem Lokal der unteren Friedrichstadt in Berlin, in dem sich Zuhälter, Prostituierte, Kokser und Morphinisten ein Stelldichein zu geben pflegen, findet eine Razzia statt. Man greift diesen, man greift jenen, fast alle haben sie eine merkwürdige Kokainmischung bei sich, die sich bei näherer Untersuchung als sogenannte "Streckware", d.h. als ein verdünntes Kokain herausstellt, das vom Hersteller in der unverantwortlichsten Weise mit Borsäure und Salizyl gemischt worden ist. Diese Mischung, die, wie Razziastichproben feststellen, in der ganzen unteren Friedrichstadt, von einem Händler und seinen Agenten verbreitet wird, kann höchst nachteilige Folgen für die Gesundheit der Schnupfer haben. Oft bilden sich gefährliche Vereiterungen der Nase und bei Vernachlässigung ist ein Uebergreifen auf das Gehirn und eine Art Stirnhöhlenvereiterung nicht selten. Die Behandlung dieser Erkrankungen ist ungemein schmerzhaft, meist ist dauerndes Siechtum die Folge des Genusses von Salizyl-Kokain.

+

Einige Tage nach dieser Razzia laufen bei der Berliner Kriminalpolizei eine Anzahl anonymer Anzeigen gegen einen etwa 50jährigen Händler, ein, der der Polizei als "Unterweltstyp" wohl bekannt und verdächtig ist. Dieser Mann, dessen Spezialität es ist, in den zahllosen Lokalen dieser Halbweltgegend dunkle Geschäfte zu tätigen, war als Rauschgifthändler sozusagen eine "Prominenz". Er gehörte zu den Routiniers der Branche, seiner Geschicklichkeit und seinen Verbindungen gelang es immer wieder, sich dem Zugriff der Polizei zu entziehen. Jetzt konnte man ihn endlich fassen. Zwei Kriminalbeamte entdeckten ihn in einem Keller und schritten zur Verhaftung. Im Besitz des Rauschgifthändlers wurde eine ganze Ladung Kokainpäckchen entdeckt, die sich bei den polizeilichen Sachverständigen als die gesuchte und gefpochtete Mischung Kokain = Salizyl = Borsäure entpuppte.

+

Der Verhaftete redete sich bei seinem Verhör daraufhin hinaus, dass die Nachfrage seiner Kundschaft seine geschäftlichen Möglichkeiten überschritten habe. Um die leidenschaftlich um ihr Betäubungsmittel bettelnden Kokser befriedigen zu können, habe er diese "Streckware" in den Verkehr gebracht. Es sei unmöglich, die Mengen des reinen Kokains, die verlangt würden, überhaupt herbeizuschaffen.

Wie die Rauschgiftexperten der Polizei mitteilen, sind die Schwierigkeiten der Händler auf die energische Arbeit der amtlichen Rauschgiftbekämpfung zurückzuführen. Der internationale Kokainschmuggel hat seit etwa neun Monaten eine ganz erhebliche Einschränkung erfahren. Demgegenüber ist festzustellen, dass die Nachfrage nach Rauschgiften eher zu- als abgenommen hat.

+

Die Händler, die ihre Kundschaft nicht verlieren wollen, greifen nun zu dem Mittel, das Gift zu strecken, indem sie ihm irgendwelche billigen und leicht beschaffbaren Stoffe beimischen. Man benutzt dazu Novokain, ein verhältnismässig harmloses Mittel, das man auch als Laie überall erstehen kann. Man greift aber auch, wie es der jetzt verhaftete Händler getan hat, zu Borsäure und Salizyl und gefährdet dadurch die an sich schon zerrüttete Gesundheit seiner Opfer auf die unverantwortlichste und verbrecherischste Weise. Immerhin hat dieses Salizyl-

Kokain mit seinen verheerenden Wirkungen das radikale Ergebnis einer Pferdekur. Sehr viele Kokainisten werden durch das Risiko, das sie heutzutage mit einem illegalen Kokseinkauf eingehen, abgeschreckt werden, weiter zu koksen. Was aber dringend notwendig ist, ist eine verschärfte Kontrolle der Rauschgiftlokale und der berufsmässigen Händler, weil es ja immer noch Tausende und Abertausende von Unheilbaren gibt, die sich das weisse Gift auf jeden Fall verschaffen werden selbst wenn es um das Leben geht....

+ + +
Wer hat hier Gott gelästert?!

Die Berufungsverhandlung im George Grosz=Prozess.

SPD. Vor der zweiten grossen Strafkammer des Landgerichts III in Berlin wird am Freitag zum vierten Male der Gotteslästerungsprozess gegen den Maler George Grosz zur Verhandlung kommen, nachdem die Berufungsverhandlung immer wieder vertagt worden war, weil die Justiz dem schwierigen Prozesskomplex offenbar mit einigem Urbehagen gegenüberstand.

George Grosz wurde im Dezember 1928 wegen Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuches anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die gleiche Strafe traf den Direktor des Malik=Verlages, Wieland Herzfelde.

+
Anlässlich der Aufführung des "Schwejk" hatte George Grosz bei Malik graphische Illustrationen herausgebracht, von denen drei wegen Beschimpfung christlicher Einrichtungen, des Predigeramtes, des Priestertums und der Christusverehrung unter Anklage gestellt wurden. Das Bemerkenswerte unter den inkriminierten Bildern war Christus am Kreuz in Gasmaske und Militärstiefeln. Die Verurteilung des Schöffengerichts Charlottenburg erfolgte wegen dieses Christusbildes, während die Anklage hinsichtlich der beiden anderen Bilder fallen gelassen worden war.

+
Im April 1929 kam es zu jener aufsehenerregenden Berufsverhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Siegert, in der George Grosz und Wieland Herzfelde unter einer sehr bemerkenswerten Begründung freigesprochen wurden. Landgerichtsdirektor Dr. Siegert führte in seiner damaligen Begründung aus, dass Millionen von Frontsoldaten während des schrecklichen Völkermordens beim Anblick eines Christusbildes die gleichen Empfindungen wie George Grosz gehabt hätten. Von einer Gotteslästerung könne daher keine Rede sein, man müsse im Gegenteil annehmen, dass George Grosz aus dem Gefühl heraus gehandelt habe, Christus vor den Vergewaltigern seiner Idee zu schützen. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob der zweite Strafsenat des Reichsgerichts das freisprechende Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Den Vorsitz in der neuen Verhandlung wird wiederum Landgerichtsdirektor Siegert führen. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Stehnic, der übrigens als einer der wenigen fortschrittlichen Staatsanwälte Moabits angesehen wird. Auf den Ausgang des höchst interessanten Prozesses darf man mit Recht gespannt sein.

K.

+ + +
Seltsamkeiten im Frenzel=Prozess. Im Frenzel=Prozess, in dem die Hauptzeugen noch immer nicht vernommen worden sind, verhandelt die Verteidigung seit Tagen mit dem Vorsitzenden, um die Wiedezulassung der Presse zu erreichen. Landgerichtsdirektor Hellwig mutete der Presse zuerst zu, einen Vertrauensmann zu benennen, der unter Aufsicht des Gerichts sämtliche Blätter bedienen sollte. Dieser absurde Vorschlag wurde natürlich abgelehnt. Dann kam der Vorsitzende au

den merkwürdigen Gedanken, über die Justizpressestelle ein von ihm redigiertes Pressecommuniqué des Gerichts herauszugeben, ein Plan, der aber auch nach kurzer Zeit wieder fallen gelassen wurde. Nun soll eventuell die Presse gegen Ende dieser Woche zugelassen werden-, allerdings erst, nachdem die Hauptzeugen vernommen worden sind. (!) Zu gleicher Zeit werden Einzelheiten aus einem vom "Evang. gelischen Pressedienst" versandten ausführlichen Exposé bekannt, das vor dem Prozess ausgegeben wurde und eine einzige vernichtende Anklage gegen den angeklagten Amtsvorsteher Frenzel darstellt. In diesem Exposé, das man nicht anders als skrupellose Stimmungsmache bezeichnen kann, wird das Pfarrerehepaar Schenk, das bekanntlich in der traurigen Affäre eine recht trübe Rolle gespielt hat, in geradezu enthusiastischer Weise gefeiert. Rechtsanwalt Brandt hat ein Exemplar dieses skandalösen Exposés den Gerichtsakten beigegeben.

Halsmann ausgewiesen! Philipp Halsmann, der nach seiner Begnadigung aus der Strafanstalt Stein in Krems (Oesterreich) eingetroffen war, erhielt von der dortigen Bezirkshauptmannschaft die Mitteilung, dass er aus Oesterreich ausgewiesen sei. Diese seltsame Massnahme der Bezirkshauptmannschaft muss als ein Racheakt der reaktionären Kreise bezeichnet werden, die über die Begnadigung des höchstwahrscheinlich unschuldig verurteilten Juden Halsmann empört sind. Uebrigens passt diese Ausweisung, die in gar keinem Sinn zu dem Begnadigungsakt des Bundespräsidenten steht, vorzüglich in den faschistisch=antisemitischen Kurs des Kabinetts Vaugoin=Starhemberg.

Der Selbstmord des SA-Mannes. Die polizeiliche Untersuchung in der Affäre des Nationalsozialisten Gantzert, der in der Wohnung seiner Eltern mit durchschossenem Munde tot aufgefunden wurde, hat einwandfrei ergeben, dass der Nazi Selbstmord verübt hat. Damit werden die frechen Andeutungen der Hitler=Leute, dass Gantzert von politischen Gegnern erschossen worden sei, Lügen gestraft. Der Nationalsozialist hatte sich bekanntlich aus Verzweiflung über die verräterische Haltung seiner Führer das Leben genommen.

Der Vesuv in Tätigkeit. Seit einigen Tagen wird eine stärkere Ausbruchtätigkeit des Vesuv festgestellt. Häufig erfolgen Explosionen, wobei tonnenweise glühendes Vulkanmaterial ausgestossen wird. Der Feuerschein ist weit ins Land sichtbar. Eine unmittelbare Gefahr für die Bewohner der Vesuv=Gemeinden besteht erfreulicherweise nicht.

Weibliche Bandenführerin. In der Umgebung von Kattowitz und Sosnowieze (Oberschlesien) wurden in der letzten Woche 27 Einbrüche verübt. Der Polizei gelang es jetzt, die Einbrecher, die sich zu einer Bande zusammen geschlossen hatten, festzunehmen. Die Anführerin ist eine 27jährige Helene Knas aus Sosnowieze, die schon mit 19 Jahren eine Räuberbande geführt hat.

Razzia gegen "Massagesalons". Die Kölner Kriminalpolizei hat bei einer Untersuchung der etwa 50 Kölner "Massagebetriebe" festgestellt, dass die Mehrzahl dieser Institute in Wirklichkeit sehr eindeutigen Prostitutionszwecken dient. Das vorhandene weibliche Personal wird meist für ganz bestimmte Zwecke angeworben. In einem Fall gab eine weibliche Angestellte bei dem Verhör zu, täglich mindesten drei Mal von männlichen Besuchern missbraucht worden zu sein. Mehrere "Massagebetriebe" wurden sogleich geschlossen, andere werden folgen.

Im Weinkeller erstickt. Auf einem Gut in der Nähe von Carcassonne (Südfrankreich) erstickte ein 60jähriger Landarbeiter bei dem Versuch, ein Werkzeug, das ihm in den Weinkeller gefallen war, zurückzuholen. Auch der Gutsverwalter, der ihm zu Hilfe eilte, fand in dem mit Kohlensäure angefüllten Raum den Tod.

Fiasko der Kommunazis. Die von kommunistischer und nationalsozialistischer Seite für den 2. Oktober geplante Stilllegung der Berliner Verkehrsbetriebe ist völlig gescheitert. Der Verkehr erlitt nicht die mindeste Beeinträchtigung.

Raketenerplosion in einer Kathedrale. In der St. Michaels-Kathedrale in Celaya im Staate Guanajuato explodierten 5000 Raketen, die für eine religiöse Feier bestimmt waren. Unter den Kirchengästen brach eine Panik aus. Elf Personen wurden schwer verletzt.

Selbstmord aus Liebeskummer. In einem Gehölz bei Osnabrück fand man einen 25jährigen Mann erschossen auf, während seine Braut, die blutüberströmt neben ihm lag, noch Lebenszeichen von sich gab. Sie wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus überführt. Liebeskummer ist das Motiv der schrecklichen Tat.

Die Geliebte ermordet. Das Osnabrücker Schwurgericht verurteilte einen 18jährigen Tischler namens Schulz, der seine Geliebte mit einem Strick erwürgt und die Leiche danach aufgeknüpft hatte, um Selbstmord vorzutäuschen, wegen vorsätzlichen und überlegten Mordes zum Tode.

Diebstahl im Eilzug. Im Eilzug Frankfurt a.M. = Wiesbaden wurde einem Antwerpener Juwelenhändler die Brieftasche mit Brillanten und Bargeld im Werte von 47.000 Mark gestohlen.

P.S. ist Trumpf. Bei den Vorarbeiten zum sechsten internationalen Landstrassenkongress, der vom 6. bis 11. Oktober in Washington stattfindet, wurde festgestellt, dass heute auf der ganzen Welt mehr als 35 Millionen Kraftwagen im Gebrauch sind.

Die neunzehnfache Mutter der Ehrenlegion. Das jüngste Mitglied der französischen Ehrenlegion ist eine Frau Bernard-Verley. Sie hat sich nach Ansicht der französischen Regierung durch besonders reichen Kindersegen um ihr Vaterland verdient gemacht. Der Erzbischof von Lille hat der wackeren Frau, die unverdrossen 19 Kinder zur Welt brachte, das Kreuz der Ehrenlegion eigenhändig an die Brust geheftet.

Rettungsstat eines Matrosen. Beim Schiffbruch des belgischen Dampfers "Ida" in der Nähe der Küste von Devon (England) rettete der Matrose Kaevaets die gesamte Mannschaft. Er sprang mit einem Tau in die See und schwamm bis zur Küste, wo es ihm gelang, das Tau zu befestigen. Mit Hilfe des Taus konnte sich die Besatzung ans Ufer retten.

Der weisse Schrecken. In Cartersville (Staat Georgia) ereignete sich ein entsetzlicher Lynchmord. Aufgehetzter Mob überfiel das Untersuchungsgefängnis und holte einen Neger heraus, der unter dem bisher noch ganz unbewiesenen Verdacht stand, einen Polizeichef umgebracht zu haben. Die rasende Menge hängte den Neger an einer Telegraphenstange auf und warf die Leiche dann auf einen Scheiterhaufen, auf dem sie verbrannt wurde.

Halloh, Ueberfallkommando! Nach Art der deutschen Feuermelder werden in Paris zurzeit 600 Meldeapparate aufgestellt, die der schnelleren Alarmierung der Pariser Polizei dienen sollen.

Bergarbeitertod. In den frühen Morgenstunden des Donnerstag ereignete sich in einer Kohlengrube in der Nähe von Walsall (Mittelengland) eine Grubenexplosion, bei der 14 Bergarbeiter getötet wurden. Bisher konnten sieben Leichen geborgen werden.

Hauseinsturz in New York. In der Greenwich=Avenue in New York stürzte ein vierstöckiges Haus ein. Das Unglück ist die Folge von Ausschachtungen, die zum Zweck eines Neubaus unmittelbar neben dem eingestürzten Haus vorgenommen wurden. Insgesamt 13 Personen sind durch niederstürzende Haustrümmer verschüttet worden. Sechs Personen fanden den Tod, sieben konnten schwer verletzt geborgen werden.

+ + +

Mordanschlag auf die Geliebte. Die Zuckerfabrikant Niedopil wurde vom Schwurgericht Ratibor wegen versuchten Totschlags seiner Geliebten zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Im Verlauf einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Mann seiner Geliebten hatte Niedopil mehrere Revolverschüsse auf den Ehemann abgegeben und dann versucht, die Frau gleichfalls zu erschiessen.

+ + +

Durch Faustschlag getötet. In einer Gastwirtschaft in der Chorinerstrasse in Berlin gerieten ein 25 Jahre alter Kaufmann und ein 34jähriger Kutscher in einen Streit, bei dem der Kaufmann, durch einen Faustschlag seines Gegners getroffen, besinnungslos zusammenbrach. Der Kaufmann wurde zur Rettungsstelle gebracht, wo man einen inzwischen eingetretenen Tod feststellte. Der Täter ist festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt worden.

+ + +

Kassenräuber erschiesst Bankbeamtin. In Celakovic bei Prag wurde auf die Filiale der Zivnostenska Banka ein Raubüberfall verübt. Eine anwesende Bankbeamtin wurde durch zwei Revolverschüsse getötet. Den Verbrechern fielen 18 000 Tschechenkronen in die Hände.

+ + +

Schweres Autounglück. Auf einer Chaussee zwischen Tegel und Heiligensee bei Berlin stiessen am Donnerstag nachmittag ein Motorradfahrer und ein Privatkraftwagen zusammen. Das Auto raste gegen einen Baum, während der Motorradfahrer und sein Begleiter von dem Wagen überfahren wurden. Die Verunglückten fanden mit schweren inneren Verletzungen Aufnahme im Krankenhaus.

+ + +

Veröffentlichung der Andrée=Dokumente. Die schwedische geographische Gesellschaft ist von der Regierung beauftragt worden, die Andrée=Dokumente einschliesslich der "Weisse Insel=Photographien" zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung, die voraussichtlich noch vor Weihnachten erfolgt, wird durch Vermittlung des Stockholmer Verlags Bonnier vor sich gehen. Sachverständige zweifeln übrigens jetzt an einer Dechiffrierungsmöglichkeit des viel besprochenen zweiten Tagebuches von Andrée.

+ + +

Kampf um die Pyramiden. Um die Pyramiden ist eine Schlacht entbrannt. Ein Konsortium beabsichtigt, vor der Nase der Sphinx eine grosse Ziegelei nebst 700 Häusern zu errichten. Die Pläne sind bereits von den zuständigen Behörden genehmigt worden. Als Grund für den Entschluss der Regierung wird angegeben, dass die Staatskasse durch das Unternehmen jährlich 1000 Pfund an Steuern profitieren werde. Die am Fremdenverkehr interessierten Organisationen laufen gegen den Plan Sturm und weisen darauf hin, dass der durch das Ausbleiben der Touristen verursachte indirekte Schaden bedeutend grösser sein würde, als der erhoffte Nutzen. Die Angelegenheit ist dem Ministerpräsidenten zur persönlichen Entscheidung unterbreitet worden.

+ + +

Unter dem Brückenbogen geendet. In der Nähe von Sehlis bei Paris fand man unter dem Brückenbogen einer alten Wasserleitung die Leiche eines Mannes von etwa 40 Jahren, der an Hunger und Entkräftung gestorben war. Wie Nachforschungen ergaben, handelt es sich um einen Schweizer Industriellen namens Bingguely, der vor einigen Monaten bankrott gemacht hatte.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Zwangsschlichter für Berlin.

Das Reichsarbeitsministerium konstruiert den besonderen Fall.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat in den Berliner Metallkonflikt in einer Weise eingegriffen, die mehr als aussergewöhnlich ist. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald schaltete den Berliner Schlichter Wissell und den Schlichtungsausschussvorsitzenden Körner kurzerhand für die Regelung des Konflikts aus und bestellte in der Person des Vortragenden Rats im Bremer Senat Dr. Völker einen Zwangsschlichter. Die neuen Verhandlungen sind auf Freitag Nachmittag festgesetzt worden.

Die Ursachen des Berliner Metallarbeiterfkonflikts gehen auf die Ansicht der Unternehmer zurück, die Löhne um 15% zu kürzen. Nun liegen die Berliner Metallarbeiterlöhne an sich nicht hoch. Eine Kürzung um 15% ist eine Unmöglichkeit und dürfte hinsichtlich einer weiteren Drosselung der Kaufkraft bedenkliche Folgen haben. Darauf haben die Vertreter der Gewerkschaften hingewiesen. Sie haben weiter eine Verringerung der Arbeitszeit vorgeschlagen, nicht zuletzt mit der Absicht, durch eine solche Regelung Neueinstellungen von Arbeitslosen in den Betrieben vornehmen zu können. Auf Grund des Vorschlags der Gewerkschaften hätte sich zweifellos eine Verständigung finden können. Diese Verständigung ist von den Berliner Metallindustriellen abgelehnt worden. Man muss konstatieren, dass die Berliner Metallindustriellen es an gutem Willen haben fehlen lassen. Sie scheinen den gegenwärtigen Konflikt als grundsätzliche Angelegenheit aufzufassen und haben ja in den bisherigen Verhandlungen klar und deutlich erklärt, dass der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie um 15% das Signal für einen allgemeinen Lohnabbau im Reich sein soll. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, ist eben eine Verständigung nicht möglich.

Das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums soll - man kann die Situation nicht anders beurteilen - Hindernisse hinwegräumen, die der Verwirklichung der Unternehmerabsichten im Wege stehen. Unter dem Berliner Schlichter Rudolf Wissell, dem Reichsarbeitsminister im Kabinett Hermann Müller und dem Schlichtungsausschussvorsitzenden Körner ging die Praxis dahin, die bestehenden Lohn- und Tarifverträge ohne Änderung zu verlängern. Wenn man bedenkt, dass gerade die Akkordverdienste in der Berliner Metallindustrie auf die Tarifgrenze zurückgedrängt worden sind, was einen ganz beträchtlichen Lohnabbau bedeutet, muss man sagen, dass weitere Konzessionen nicht gemacht werden konnten. Das genügt aber den Berliner Unternehmern nicht. Sie wollen mit der Praxis der blossen Tarifverlängerung aufräumen und haben im Reichsarbeitsministerium die Bestellung des Sonderschlichters erreicht. Völker hat in der Metallindustrie bereits mehrere Schlichtungsverhandlungen durchgeführt. Auch das Schlichtungsverfahren im letzten Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde von ihm geleitet. Die kommenden Verhandlungen, die, wie gesagt, auf Freitag Nachmittag festgesetzt sind, werden ergeben, inwieweit Dr. Völker den Berliner Metallindustriellen ein angenehmer Mann sein wird.

Das Eingreifen des Reichsarbeitsministers, der Führer der christlichen Gewerkschaften ist, hat in weiten Kreisen, nicht nur der Gewerkschaften, grosses Aufsehen erregt. Nach der Schlichtungsordnung (§ 1, Absatz 2) ist die Bestellung eines Sonderschlichters möglich. In der Praxis ist dieser Fall, soweit wir uns entsinnen können, noch nicht vorgekommen. Nach der Schlichtungsordnung

mus, wenn man zur Bestellung eines Sonderschlichters übergeht, ein besonderer Fall vorliegen. Das lässt sich für den Berliner Konflikt nicht sagen. Die Vermutung liegt also nahe, dass der "besondere Fall" in der Bestellung des Zwangsschlichters erst konstruiert werden soll: Man will den Lohnabbau in Berlin durchsetzen, um die Marschroute für das Reich anzugeben. Das ist der Sinn des Eingreifens des Reichsarbeitsministeriums in den Berliner Metallkonflikt.

SPD.Frankfurt a.M.2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Auf der Generalversammlung des Baugewerksbundes übte Sekretär Peter Rosenzweig-Berlin in einem Referat über Arbeitsrecht scharfe Kritik an dem Arbeitsgerichtsgesetz. Der Grundgedanke des Gesetzes, die Verfahren zu beschleunigen, sei bisher ungenügend erfüllt. Der Referent gab eine Uebersicht über die Rechtsschutztätigkeit des Verbandes und wandte sich gegen die Versuche des Reichsarbeitsgerichts, Arbeitnehmer für das Betriebsrisiko mitverantwortlich zu machen.

Wie richtig der Referent Rosenzweig die Schäden aufzeigte, bewies die Diskussion. Es wurden sehr viele Klagen über die soziale Rechtsprechung laut. Der Bundesvorsitzende Bernhard unterstrich die Bedeutung des Arbeitsrechts für die Bauarbeiter. Für die gewerkschaftliche Alltagsarbeit hätten die tariflichen Instanzen grosse Wichtigkeit. Wenn wir mit der Schlichtungskommission unzufrieden seien, so deshalb, weil dort auf der Unternehmerseite der berühmte Syndikus sein Unwesen treibt. Vertragstreue sei notwendig; aber wenn es sich um einen Angriff auf den Menschen im Arbeiter handle, werden wir mit allen gewerkschaftlichen Mitteln das Recht des Menschen verteidigen. Es gelangte eine Entschliessung zur Annahme, die folgenden Wortlaut hat:

"Der Bundestag stellt mit Bedauern fest, dass die Rechtsprechung sich mehr und mehr von den in der Reichsverfassung und in den arbeitsrechtlichen Gesetzen niedergelegten Grundsätzen entfernt. Das Reichsarbeitsgericht hat beständig unter Annahme einer in der kapitalistischen Wirtschaftsform nicht vorhandenen Betriebsverbundenheit das Betriebsrisiko vom Unternehmer auf den rechtsuchenden Arbeiter abgewälzt. Damit hat die höchste arbeitsgerichtliche Instanz dem Abbau der Tariflöhne die Wege geebnet. Einzelne Entscheidungen über den Geltungsbereich der baugewerblichen Tarife wirken sich aus als unberechtigte Einbrüche in das autonome Tarifrecht der baugewerblichen Vertragsparteien. Der Bundestag erwartet, dass man sich in der Rechtsprechung wieder darauf besinnt, dass das Ziel des Arbeitsrechts die Forderung der sozialen Freiheit des arbeitenden Menschen ist. Der Bundestag stellt fest, dass die Durchführung eines Prozesses vor dem Arbeitsgericht bis zum Reichsarbeitsgericht regelmässig mehr als ein Jahr in Anspruch nimmt. Er ersucht die Reichsregierung, auf eine Beschleunigung des Verfahrens vor den arbeitsgerichtlichen Instanzen hinzuwirken. Nach amtlichen Feststellungen haben im Jahre 1929 von insgesamt 527 Arbeitsgerichten 100, im Jahre 1928= 108 weniger als 50 Streitfälle erledigt. Die Herabsetzung der Zahl der Arbeitsgerichte, namentlich in Süddeutschland, hält der Bundestag für dringend erforderlich, weil dadurch die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefördert und der Gang des Verfahrens beschleunigt würde.

Zur Gesetzgebung wurde eine Entschliessung angenommen, worin es heisst: Der Bundestag erwartet, dass das künftige Berufsausbildungsgesetz den Normen des Reichs- und Landesrechts entspricht. Der § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes, der den rechtssuchenden Lehrling an einen bei der Innung zu errichtenden Ausschuss verweist, bedeutet einen prozessualen Ausnahmezustand. Die Aufhebung des § 111 hält der Bundestag für dringend erforderlich. Angesichts der Tatsache, dass den Bauarbeitern jährlich Hunderttausende von Mark an Lohn verloren gehen, ersucht der Bundestag die Reichsregierung um beschleunigte

gesetzgeberische Massnahmen zur Sicherung der Bauarbeiterlöhne bei zahlungs=fähigen Unternehmern. Eine Aenderung des § 77 des Gerichtskostengesetzes da=hingehend, dass in Arbeitsgerichtsprozessen obsiegende Arbeitnehmer als Zweit=schuldner von der Tragung der Gerichtskosten befreit werden, hält der Bundes=tat für dringend erforderlich.

Den Bauarbeiterschutz behandelte Wüst-Berlin. Er untersuchte zunächst die Ursachen der vielen Bauunfälle und sieht sie in der Verkürzung der Bau=zeit, der Einführung der Maschinen im Baugewerbe und in der Akkordzeit. Die grundsätzliche Forderung, die Kontrolleure aus den Kreisen der Arbeiter zu entnehmen, werde nur wenig beachtet. Scharf wandte sich der Referent dagegen, dass Gerüste in Akkord aufgestellt werden, wie das besonders noch in Berlin geschieht. Hastig aufgestellte Gerüste vergrösserten die Unfallgefahr. Die Parole für jeden Bauarbeiter müsse in erster Linie Sicherheit sein. Der inter=essante Vortrag wurde durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt, in denen an man=gelhaften Gerüsten gezeigt wurde, wie durch sie Unfälle hervorgerufen, an mo=dern Gerüsten aber nachgewiesen wurde, wie Bauunfällen vorgebeugt werden kann.

Vorsitzender Bernhard gab dann noch Kenntnis von einem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums, das vom 29. September datiert und der Bundesleitung von Berlin nach Frankfurt nachgeschickt wurde. Das Ministerium dankt für die Einladung, bedauert aber, ihr nicht Folge leisten zu können. Es sei auch nicht möglich gewesen, einen Vertreter zu entsenden. Der Vorsitzende bemerkt dazu, es sei auffällig, dass das Ministerium erst am 29. September sich über eine Einladung schlüssig würde, die schon wochenlang in seinen Händen sei. Auf den von den Unternehmern einberufenen Tagungen sei das Reichsarbeitsministerium stets vertreten gewesen. Die Bauarbeiter würden sich aber auch mit dieser Bruskierung abfinden.

SPD. Neben der grossen Auseinandersetzung über den 15%igen Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie gehen Bestrebungen der Berliner Metallindustri=elen in den einzelnen Sparten, zu einer Lohnkürzung zu kommen. So versucht z.B. der Schutzverband der Berliner Schlossereien gesondert eine Lohnherbasetzung um 20 und mehr Prozent durchzudrücken. Der entsprechende Tarif ist am 30. Sep=tember abgelaufen. Mit dem 1. Oktober verlangte der Schutzverband, dass sich die Gewerkschaften mit einer Lohnherabsetzung, ohne Rücksicht auf die kommenden Verhandlungen, einverstanden erklären sollten. Es sollte sich um vorläufige Abmachungen handeln, die später dem Ergebnis der kommenden Verhandlungen an=gepasst würden. Die Gewerkschaften schritten darauf zur Streikabstimmung. Das hatte zur Folge, dass zu dem alten Tarif weitergearbeitet wird.

SPD. Eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene Tagung der Krankenkassenangestellten beschäftigte sich mit wichtigen Angelegenheiten in der Krankenversicherung, der Notverordnung und Dienstrechtsfragen der Kran=kenkassenangestellten. Die vom Zentralverband ergriffenen Massnahmen wurden gebilligt. Es wurde u.a. dargelegt, dass die Durchführung der Notverordnung die wirtschaftlich Aermsten am stärksten treffe. Im übrigen beschäftigte sich die Tagung mit Fragen der fachlichen Aus= und Fortbildung der Krankenkassen=angestellten.

"Kartoffelnot".

Soll das Kartoffelbrot wieder kommen?

SPD. Die diesjährige Kartoffelernte wird um 10 bis 15% höher als die vorjährige Ernte geschätzt. Die Kartoffelernte 1929 betrug nun etwa 39 Millionen Tonnen, so dass mit einer diesjährigen Ernte von 43 bis 46 Millionen Tonnen gerechnet werden kann.

Die Qualität befriedigt im allgemeinen, wenn auch die Meldungen aus den einzelnen Landesteilen nicht ganz gleichmässig sind. Die Erwartung einer höheren Ernte drückt sich auch in den Preisen aus. Man bezahlte bisher je Zentner in Ostdeutschland für runde Gelbe 1,90, in Mitteldeutschland für Industrie 2 Mark, für die gleiche Sorte in Westdeutschland 2,35 Mark bis 2,70 Mark. Im Jahre 1913, das eine Rekordernte brachte, war im Oktober der Monatsdurchschnittspreis in Ostdeutschland 1,49 Mark. Der jetzige Preis liegt also 15-20% über dem Vorkriegspreis.

Dass der vorjährige Preis nicht erzielt werden kann, ist selbstverständlich, denn die Ernte wird in diesem Jahr 4-5 Millionen Tonnen höher sein. Die Erntekosten sind aber in diesem Jahr geringer, da die Löhne für das Kartoffelgraben vielfach herabgesetzt sind. Der Druck auf den Lohn konnte von den Landwirten vorgenommen werden, da infolge der überall herrschenden Arbeitslosigkeit ausreichende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Trotzdem hat Schiele am 1. Oktober eine Konferenz der Kartoffelinteressenten einberufen, in der die "Kartoffelnot" erörtert wurde. In dieser Konferenz ist man aber zu keinem abschliessenden Ergebnis gekommen. Für den Absatz von Speisekartoffeln Massnahmen zu treffen, ist nicht beabsichtigt worden. Der Handel hat sich bereit erklärt, gewisse unbefriedigende Verhältnisse selbst abzustellen. Die Lieferungsbedingungen sollen dahin abgeändert werden, dass beanstandete Ware, die von den Sachverständigen als Speisekartoffeln nicht anerkannt worden ist, als Futter- oder Fabrikkartoffeln verwandt werden kann.

Dagegen ist die Verwendung der Kartoffel für industrielles Rohmaterial ausgiebig besprochen worden. Bekanntlich ist der Absatz der Kartoffelflocken mit der Roggenstützungsaktion verquickt worden, indem der Bezug von zollbegünstigter Gerste nur möglich ist, wenn der Landwirt eine bestimmte Menge von eosiniertem Futterroggen und Kartoffelflocken von der staatlichen Stützungsstelle bezieht. Dadurch wurde der Preis für Fabrikkartoffeln erhöht und zwar bis auf 9 Pfennige je Stärkeprozent. Dieser Ueberpreis ist aber nur wenigen bevorzugten Kreisen zugute gekommen. Die Menge, für welche dieser Subventionspreis gezahlt worden ist, war so gering, dass er keinen Einfluss auf die Preisgestaltung im allgemeinen ausüben konnte. So sank der Fabrikkartoffelpreis in den letzten Tagen wieder auf 5 Pfennige je Stärkeprozent. Ob wohl diese Stützung keinen tatsächlichen Einfluss auf die Preislage ausgeübt hat, wurde in der Konferenz erwogen, nach dem 1. Januar 1931 wiederum eine neue Stützungsaktion durchzuführen. Wohin allerdings die verstärkte Flockenproduktion abgesetzt werden soll, bleibt eine offene Frage, die auch von den Interessentenvertretern nicht beantwortet werden konnte.

Ebenfalls leiden die Kartoffelstärkemehlfabriken unter Finanzschwierigkeiten. Der kartellmässige Zusammenschluss der Kartoffelstärkeindustrie, der von manchen Kreisen gewünscht wird, ist bisher noch nicht erfolgt und es ist

auch nicht anzunehmen, dass hier eine Absatzsteigerung erfolgen wird; denn es ist bei dem beschränkten Bedarf an Kartoffelstärke, den die Textil- und Papierindustrie an diesem Produkt hat, anzunehmen, dass eine Kartellierung nicht absatzfördernd, sondern nur preiserhöhend wirken wird. Um den Absatz an Kartoffelstärkemehl zu steigern, wurde die Absicht des Reichsernährungsministers Schiele bekanntgegeben, zwangsweise die Beimischung von Kartoffelmehl zu Brotmehl anzuordnen. Es kann nicht früh genug gegen diese Brotverschlechterungspläne Widerspruch erhoben werden. Die abschreckende Erinnerung an das mit Kartoffelmehl gestreckte Kriegsbrot sollte genügen, um diese abenteuerlichen Pläne von vornherein abzulehnen. Eine Beimischung von Kartoffelmehl zum Roggenmehl würde die von der Landwirtschaft gewünschte Steigerung des Roggenbrotkonsums völlig unmöglich machen und die Abkehr vom Roggenbrot noch beschleunigen. Auch der Zusatz von Kartoffelmehl zum Weizengebäck, also zu Brötchen und Semmeln, ist unzweckmässig, weil dadurch die Backware sehr rasch trocken wird. Sowohl Verbraucher als auch Bäcker müssen sich gegen diese Beimischung von Kartoffelmehl mit aller Energie wenden.

Die Konferenz zur Behebung der "Kartoffelnot" d.h. zur Erhöhung der Kartoffelpreise sollte sich lieber mit der Qualitätsverbesserung der Speisekartoffeln beschäftigen. Erhält der Verbraucher eine gut aussehende, gutschmeckende und im Keller nicht faulende Kartoffel, dann wird er auch höhere Preise zahlen wollen. Bemerkenswert ist die Nachfrage nach Hannoverschen Markenkartoffeln in Westdeutschland. Diese können einen Preis erzielen, der 40 bis 50 Pfennige je Zentner über dem Marktpreis liegt. Auch der Verkauf von Markenkartoffeln in 10-Pfund-Tüten hat sich bewährt. Schliesslich aber behindert den Absatz der Speisekartoffel vor allem der Geldmangel der breiten Verbraucherschichten, denn das Ingangkommen des Einkellerungsgeschäftes, das in den Vorjahren bereits Ende September und Anfang Oktober einsetzte, ist bisher noch nicht erfolgt.

Ausserdem ist die Lage der kartoffelbauenden Landwirtschaft hinsichtlich der Verfütterung in diesem Jahr günstiger als 1929, da bedeutend mehr Schweine zur Mast vorhanden sind. Die Verfütterung von Kartoffeln muss also im grösseren Umfange erfolgen. Gegenüber 1929 wurden am 1. September 1930 fast 4 Millionen Schweine mehr gezählt. Die Zunahme des Schweinebestandes ist vor allem in Ostdeutschland, also im Kartoffelproduktionsgebiet erfolgt. Rechnet man das für Mastung eines Schweines 8 Doppelzentner Kartoffeln benötigt werden, dann werden durch die Zunahme an Schweinen 3,2 Millionen Tonnen Kartoffeln mehr zur Schweinemast gebraucht werden als im Vorjahr. Damit wird aber fast der gesamte Mehrertrag dieses Jahres aufgebracht.

SPD. Die Reichsbank legt mit ihrem Ausweis für die Woche zum 30. September die Verlustliste für die letzte Septemberwoche vor. Bei der Beurteilung der Bewegung in den verschiedenen Posten muss berücksichtigt werden, dass der Septemberultimo als Vierteljahrultimo die Kreditanforderungen an sich steigerte. Die Beanspruchung an den Reichsbankkredit hat sich insgesamt um 985,4 Millionen, also fast eine Milliarde, gesteigert gegenüber 538,3 Millionen Mark Ende August und 662,7 Millionen Mark Ende September 1929. Es liegt also ohne Zweifel eine starke zusätzliche Beanspruchung vor. Diese mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass die Banken sich möglichst liquide halten wollen. Andererseits muss man annehmen, dass weitere Markbeträge zum Devisenmarkt geflossen sind.

Der Notenumlauf (Reichsbanknoten und Rentenbankscheine) hat sich um 760,8 Millionen Mark vermehrt. Das hat natürlich Einfluss auf die Deckung der Noten gehabt. Die Deckung durch Gold machte immerhin den hohen Satz von 52,5% gegen 64,1% in der Vorwoche aus, die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen 55,8% gegenüber 69,6%. Ende September 1929 wurde die Deckung durch Gold allein

nur mit 45% angegeben und die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen mit 51,8%. Die Mark ist also inmitten einer fürchterlichen Krise besser gedeckt als im Vorjahr. Das ist sicherlich Ausdruck einer starken Position der Reichsbank. Hier kann man die Situation auch künftig gefasst betrachten. Die Verhandlungen der Regierung über einen Ueberbrückungskredit, mit deren Abschluss, wenn nicht neue Störungen aus der politischen Unsicherheit in Deutschland entstehen, bald zu rechnen ist, wird der Reichsbank neue Devisen zuführen. Wenn, wie man wissen will, der Ueberbrückungskredit rund 500 Millionen Mark ausmacht, wird sich die Devisenreserve der Reichsbank fast verdoppeln.

In dem Gold- und Devisenverlust der letzten Septemberwoche sind 35 Millionen Mark Gold nicht einbegriffen, die die Reichsbank Mitte der Woche abgab. Abgesehen von diesen 35 Millionen Mark beträgt der Gold- und Devisenverlust, immer für die letzte Septemberwoche, 157,6 Millionen Mark. Die Bestände gehen damit auf 2649,7 Millionen Mark zurück. Die Goldbestände haben sich um 104,8 Millionen auf 2478,8 Millionen und die Devisenbestände um 52,8 Millionen auf 170,9 Millionen Mark verringert. Die übrigen Devisenbestände dürften keine Verringerung erlitten haben. Für die sonstigen Aktiven, unter denen die Reichsbank auch nicht deckungsfähige Devisen aufführt, ist sogar eine nicht unbedeutliche Erholung (um 8,4 Millionen Mark) zu verzeichnen. In der folgenden Tabelle geben wir eine Uebersicht über Veränderungen in den Hauptposten bei der Reichsbank, die als Verlustliste für die durch den Wahlausfall vom 14. September ausgelöste Beunruhigung bei den Märkten anzusprechen ist.

| | 30. September 1930 | 30. August 1930 | 30. September 1929 | 30. September 1928 |
|------------------------------------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------|-----------------------|
| (in Millionen Mark) | | | | |
| Goldbestände | 2479 | 2619 | 2212 | 2307 |
| Devisenbestände | 171 | 369 | 355 | 179 |
| Wechselbestände | 2097 | 1730 | 2528 | 2576 |
| Lombards | 290 | 212 | 186 | 102 |
| <u>Notendeckung einschliesslich Rentenmark</u> | 51,1% | 58% | 47,6% | 47,7% |

Bemerkenswert ist die Bewegung der Reichsschatzwechsel. Man kann annehmen, dass infolge der Beunruhigung nach der Wahl der Verkauf an Reichsschatzwechseln abgesunken ist. Allem Anschein nach hat das Reich sich durch Inanspruchnahme des ihm bei der Reichsbank zur Verfügung stehenden Betriebsmittelkredits geholfen.

+ + +

Das Verlustkonto der Reichsbank ist eine wirklich nicht schöne Bilanz der Wahl vom 14. September. Die Reichsbank war allerdings stark genug, um den Sturm zu ertragen. Eine schlecht gerüstete Reichsbank hätte zu unangenehmen Komplikationen geführt. Trotz der starken Rüstung der Reichsbank, die u.a. in der hohen Notendeckung zum Ausdruck kommt, erweist sich der obenerwähnte Ueberbrückungskredit zumindestens als wertvolle Stütze, wenn nicht gar, sollte der Beunruhigung auf den Geldmärkten nicht endgültig Halt geboten werden, als unbedingte Notwendigkeit.

SPD. Der Zentralvorstand des Bundes Deutscher Mietervereine e.V., Sitz Dresden hat einstimmig folgende Entschliessung gefasst:

"Das soeben veröffentlichte Programm der Reichsregierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hat unter der Mieterschaft schwerste Beunruhigung hervorgerufen. Die beabsichtigte starke Drosselung des Wohnungsbaues, die alsbaldige Aufhebung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes für alle Räume, die der öffentlichen Bewirtschaftung nicht mehr unterliegen - also für sämtliche gewerblichen Räume und grösseren Wohnungen -, die Beseitigung des Rechtes des Mieters auf Erklärung der gesetzlichen Miete, die endgültige Auf-

hebung des Wohnungsmangelgesetzes für den 1. April 1934 ohne jede Hoffnung bis zu diesem Zeitpunkte auch nur die dringendste Wohnungsnot bereits beheben zu können. Die Ausserkraftsetzung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes für den 1. April 1936 ohne Ersatz dieser wichtigen Gesetze durch ein Wohnwirtschaftsgesetz, sondern nur durch gewisse Ergänzungen im geltenden bürgerlichen Mietrecht beweisen, dass die Reichsregierung die übertragende Bedeutung einer sozialen Regelung der Wohnungsfrage noch immer nicht erkannt hat. Das Wohnungsprogramm der Reichsregierung ist ein für die gesamte Wirtschaft gefahrendrohendes Stückwerk, das der Reichstag in grundlegender Weise verbessern muss, will nicht auch er in Verkenning der Auswirkungen des Regierungsprogramms Wohnungsnot, Wohnungselend und Arbeitslosigkeit in Deutschland verewigen."

SPD. Unter Einfluss des Reichsernährungsministers Schiele wurde im Sommer 1930 das sogenannte Brotgesetz beschlossen. Dieses Gesetz will den Roggenkonsum fördern und schreibt vor, dass das verwandte Mehl durch Bezeichnung des Brotes wie Roggenbrot, Weizenbrot, Mischbrot kenntlich gemacht wird. Dieses Brotgesetz sollte ursprünglich die Bestimmung enthalten, dass das Brot in Zukunft nach Gewicht verkauft wird. Man wollte dadurch eine Kontrolle über Preis und Gewicht schaffen und dem Brotwucher entgegenarbeiten. Auf Betreiben der Wirtschaftspartei wurde diese Bestimmung aus dem Brotgesetz herausgenommen, später aber in ein anderes Gesetz (Artikel 3 des Gesetzes über Vermahlung von Inlandsweizen) wieder aufgegriffen. Dafür setzte sich besonders die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein.

Das Brotgesetz und die Bestimmung, das Brot nur nach Gewicht zu verkaufen, sind nun 7 Wochen in Kraft. Wie haben sie sich ausgewirkt? Wir können nur sagen, dass die gesetzlichen Bestimmungen glattweg von der Privatwirtschaft sabotiert werden. In der "Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" macht Vollrath Klepzig vom Zentralverband deutscher Konsumvereine sehr interessante Angaben darüber. Die Konsumvereine wandten sich bekanntlich gegen das Brotgesetz, erklärten sich aber für den Verkauf von Brot nach Gewicht, um den Verbrauchern einen verstärkten Schutz gegen Täuschung, Willkür und Uebervorteilung zu schaffen.

Klepzig stellt über die Auswirkungen des Brotgesetzes u. a. folgendes fest: "Die von den massgebenden Stellen erträumten Erfolge des Brotgesetzes sind ausgeblieben. Auch das Ergebnis dieser Roggenabsatzförderungen und dieser Roggenpreisstützung ist eine grosse Enttäuschung. Der Roggenbrotabsatz hat durch die Inkraftsetzung des Brotgesetzes keine Förderung, sondern eine weitere Beeinträchtigung erfahren. Die Verbraucher lehnen es heute mehr denn je ab, sich die Beschaffenheit des zu geniessenden Brotes vorschreiben zu lassen. Die Förderungen des Brotgesetzes aber bedeuten einen unverantwortlichen Angriff auf die gute Beschaffenheit des wichtigsten Nahrungsmittels der breiten Volksschichten, des Brotes. Ein grosser Teil der Verbraucher verzichtet lieber auf den Genuss von Roggenbrot, als dass er sich in die Zwangsjacke des durch das Brotgesetz geadelten "Mischbrot"-Verbrauchers stecken lässt. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten führt die pflichtgemässe Durchführung der Vorschriften des Brotgesetzes in den konsumgenossenschaftlichen Bäckereibetrieben zu einem nicht unbeträchtlichen Rückgang des Roggenbrotumsatzes. Die Konsumgenossenschaften mit eigenen Bäckereibetrieben weisen allgemein darauf hin, dass der Roggenbrotumsatz zurückgeht, weil die Mitglieder die Abnahme des nach den Bestimmungen des Brotgesetzes hergestellten Brotes mit der Begründung ablehnen, dass das Brot zu trocken sei und keinen Wohlgeschmack besitze. Von vielen Konsumgenossenschaften wird aber auch berichtet, dass die privatwirt=

schaftlichen Bäckereibetriebe sich nicht an die vorgeschriebenen gesetzlichen Bestimmungen zur Herstellung des Roggenbrottes halten. Die durch die Vertreter der Konsumgenossenschaften in allen Teilen des Reiches aus den privatwirtschaftlichen Bäckereibetrieben entnommenen Brotproben zeigen, dass die Beschaffenheit, das Gewicht und die Kennzeichnung des Brotes den Anforderungen des Brotgesetzes nur in den seltensten Fällen entsprechen."

Es stimmt bedenklich, wenn Klepzig aus dem Bericht einer Konsumgenossenschaft feststellt, dass sich kein Bäckermeister und kein Brotabgeber (im Bezirk dieser Genossenschaft) um die Vorschrift des Brotgesetzes kümmert. Dem entspricht eine Feststellung der "Brotindustrie", des Organs des Verbandes deutscher Brotfabrikanten, worin festgestellt wird, "dass vielerorts tatsächlich das Brotgesetz nur von den Grossbetrieben beachtet wird." Man darf als wahr unterstellen, dass in weiten Kreisen der Müllereien, der Mehlhändler und der Brothersteller eine laufende Verletzung der brotgesetzlichen Bestimmungen erfolgt. Die Missachtung und Verletzung des Brotgesetzes wird zweifellos dadurch erleichtert, dass für die Nichteinhaltung des festen Brotgewichts Strafbestimmungen fehlen. Andererseits darf man nicht übersehen, dass die Schaffung geeigneter Ueberwachungseinrichtungen Millionen von Mark kosten würde. Zu derartigen Opfern werden sich Reichsregierung und die Landes- und Gemeindebehörden aber kaum verstehen. Und trotzdem muss für die Innehaltung der Bestimmung, Brot nach festem Gewicht zu verkaufen, unter allen Umständen gesorgt werden. In diesem Sinne ist die Einführung von Strafbestimmungen unbedingt notwendig. Im übrigen kann man sich der Forderung Klepzig's nicht verschliessen, der die baldige Ausserkraftsetzung des in jeder Beziehung schädlichen Brotgesetzes verlangt.

SPD. Die Reichsbahn hat 101 Dampflokomotiven und 10 elektrische Maschinen an die Lokomotivindustrie vergeben. Von den 59 Schnellzugslokomotiven erhalten Borsig, Krupp und Schwartzkopff je 12 Maschinen, die Henschel A.G. in Kassel 14 und die Hanomag in Hannover 9 Maschinen in Auftrag. Von den 37 Tenderlokomotiven entfallen auf Schichau-Elbing 12, auf Henschel und Krupp je 7, auf Orenstein & Koppel 5 und Krauss-München 6 Lokomotiven. Die Hanomag erhält ausserdem noch einen kleinen Sonderauftrag auf 5 Nebenbahnenlokomotiven. Der Bau der 10 elektrischen Maschinen ist an Siemens, die A.E.G., Bergmann und Maffei-Schwarzkopff gegangen.

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt gibt für den Bereich des Freistaats Preussen für Anfang Oktober, wenn 2 gut, 3 mittel und 4 gering bedeutet, folgende Saatenstands schätzung: Spätkartoffeln 2,4 (September 1930= 2,7, Oktober 1929= 3,1), Zuckerrüben 2,4 (2,5 bzw. 3,4) und Futterrüben 2,5 (2,6 bzw. 3,2). Die Zuckerrüben zeigen befriedigendes Wachstum, jedoch rechnet man mit einem geringeren Zuckergehalt als im Vorjahr.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 2. Oktober: I. 130 Mark, II. 118 Mark, III. 102 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Bei geringem Umsatz fest.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Okt.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte bei geringer Umsatztätigkeit in fester Grundhaltung. Das Angebot an prompter Ware, besonders an Weizen, war recht knapp. Nur aus Mecklenburg war Ware offeriert, die indessen auf wenig Kaufinteresse stiess. Bei den geringen Umsätzen wurden im allgemeinen höhere Preise gezahlt. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Notizen für Roggen für Oktoberlieferung etwas schwächer infolge der starken Andienungen auf die laufenden Kontrakte. Alle übrigen Sichten konnten sich beim Roggen und Weizen um zirka 2 bis 3 Mark befestigen. Jedoch kamen auch hier nur wenig Geschäfte zustande. Das Mehlgeschäft hat sich nur in Roggenmehl etwas belebt. Hier zeigte sich schon am Nachmittag des Vortages vermehrte Nachfrage, sodass ein Teil der Mühlen ihre Forderungen leicht erhöhten. Gleichwohl fanden auch weitere Umsätze statt. Weizenmehl hatte bei zumeist unveränderten Preisen ruhigen Markt. Auch für Hafer und Gerste blieb die Stimmung sehr still.

| | 1. Okt. | 2. Okt. |
|------------------------------|--------------------------------|---------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 222 - 224 | 224 - 226 |
| Roggen | 149 - 150 | 149 - 150 |
| Braugerste | 197 - 220 | 197 - 220 |
| Futter- und Industriergerste | 171 - 184 | 171 - 184 |
| Hafer | 147 - 158 | 147 - 158 |
| loco Mais Berlin | - | - |
| Weizenmehl | 26,50 - 34,75 | 26,50 - 34,75 |
| Roggenmehl | 22,40 - 26,00 | 22,65 - 26,25 |
| Weizenkleie | 7,25 - 7,75 | 7,25 - 7,75 |
| Roggenkleie | 7,00 - 7,25 | 7,00 - 7,25 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 241½ plus Geld (Vor-tag 239), Dezember 253½ plus Geld (250½), März 270 plus Brief (268). Roggen Oktober 162 (163), Dezember 179½-178½ (178¼), März 195-193½ (193). Hafer Oktober 147 (149), Dezember 162½ (160), März 176½ (174).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(2. Oktober).

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner wägonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,10 bis 1,30, Odenwälder Blaue 1,10 bis 1,30, Rote 1,30 bis 1,50, Geldfleischische (ausser Nierenkartoffeln) 1,50 bis 1,70 M., Fabrikkartoffeln 9 Pfennige je Stärkeprozent (auf Grund der Stützungsaktion für Kartoffelflocken), sonst 4½ bis 5½ Pfennige je Stärkeprozent. In Berlin nur geringe Nachfrage.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober: für A=Milch 18 Pfg., für B=Milch 10 Pfg., für C=Milch 12 Pfennige. Die A=Milchmenge ist für die Zeit vom 3. bis 9. Okt. auf 95% des A=Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle fest gesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch ½ Pfg., b) molkereichereimässig bearbeitete Milch 1½ Pfennig je Liter.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 73

Berlin, den 2. Oktober 1930

Individuum und Gemeinschaft.^x

SPD. "Kein Mensch muss müssen!" Dieses Trutzwort des Mutigen und Willensstarken stand unsichtbar geschrieben über den Verhandlungen des V. Internationalen Kongresses für Individualpsychologie, der Ende September in Berlin tagte. Alfred Adler selbst, der Begründer der Individualpsychologie als - sagen wir: Weltanschauung, leitete die Reihe der Vorträge durch eine temperamentvolle Stellungnahme zum Sinn des Lebens ein. In der Beitragsleistung zum Bestande der Gemeinschaft erblickt er die tiefste Aufgabe, die das Leben an den Menschen stellt. In ihrer Erfüllung liegt die grosse Prüfung des menschlichen Wertes. Erst ihre Bejahung bedeutet wahre Menschlichkeit. Fehlschläge im Leben beruhen auf dem Verzicht auf die Mitwirkung an dieser sinnvollen Gestaltung des eigenen Lebens durch Aufgehen im Leben der Gemeinschaft. An drei Punkten scheitert der Lebensschwache: am Beruf, an der Beziehung zu den Mitmenschen, am andern Geschlecht. Wer die Aufgabe, sein Verhältnis zu diesen drei wertbestimmenden Trägern alles geistigen Lebens zu gestalten, nicht erfüllen kann, der muss auf Auswege flüchten, sucht Ersatz auf leichtere Weise zu erlangen, schliesst sich von der Gemeinschaft aus: der geistig Anormale, der Verbrecher, der Selbstmörder, der Süchtige, der Perverse. Die erste Abweichung stellt das schwer erziehbare Kind dar, der Nervöse, der Neurotiker. Die Neurose ist die Hilfskonstruktion, durch die sich der Schwache das Leben erträglich macht, das Leben als eine ununterbrochene Kette von Forderungen an das Gemeinschaftsbewusstsein. Diese Grundhaltung der Individualpsychologie führt notwendig zur Anwendung ihrer Erkenntnisse und ihrer Methoden überall da, wo Schwache nach Hilfe ausschauen: in der Krankenbehandlung, in der Erziehung, in der sozialen Fürsorge.

Dementsprechend gliederten sich die Verhandlungen des Kongresses. Der erste Tag war der Zwangsneurose gewidmet, jener so häufigen Erscheinung, dass sich zwischen den Menschen und seine Umwelt, seine Mitmenschen, seine Handlungen eine Art Vermittler einschleibt, ein anscheinend höchst lästiger und unerwünschter Vermittler, der Zwang nämlich zu irgend einer Haltung oder Bewegung, zu einer Handlung oder Hemmung, zu einer Furcht oder einer Lust, sinnlos und quälend für den Träger der Neurose, aber als Krücke und Werkzeug zu deuten für den Versuch, den harten Anforderungen des Lebens auszuweichen, sich auf einen "Nebenkriegsschauplatz des Lebens" (Adler) zu flüchten und den Bestand der Persönlichkeit abseits vom Leben zu sichern. Der "Zwang" liegt garnicht in dem, was vom Kranken als Zwang empfunden wird, liegt nicht in dem unstillbaren Bedürfnis nach Reinlichkeit etwa in der Waschneurose, der Sucht, sich unaufhörlich die Hände zu waschen. Der Zwang liegt in der Unentrinnbarkeit der Lebensforderung. Das neurotische Verhalten ist die Flucht vor der gefürchteten Niederlage. Kronfeld (Berlin), Neuer (Berlin) und Wexberg (Wien) vertieften diese allgemeinen Erkenntnisse Adlers zu einem breit aufgebauten System der Therapie innerer und nervöser Krankheiten, in dem Störungen der inneren Sekretion und anscheinend rein körperliche Leiden ebenso wenig fehlen wie die Rauschzustände, die sexuellen Perversionen, Frigidität (sexuelle Gleichgültigkeit) und andere Potenzstörungen.

Für die Erziehung bedeutet die Anwendung der Individualpsychologie die Erschliessung ganz neuer Gebiete. Heute, wo das Gemeinschaftsleben ohnehin

in der Jugend stark betont wird und, in den bündischen Bestrebungen weit über den Rahmen der Schule hinausgreifend, einer der wesentlichsten Faktoren der Selbsterziehung geworden ist, wird der Pädagoge in der Individualpsychologie den Wegweiser zum Verständnis und zur Erfassung und Leitung der gestaltenden Kräfte der Jugendgemeinschaft finden. Birnbaum (Wien) formulierte besonders klar und eindrucksvoll die neue Rolle des Lehrers bei der Gestaltung des Lebensplanes seiner Schüler. Ihm wird die Schule zur strategischen Zentrale, von der aus er unter ständiger Kontrolle der eigenen Lebensrolle und der eigenen Bedeutung für das Kind die Mitweltbeziehungen gestalten hilft und ihm das Hineinwachsen in die sozialen Funktionen ermöglicht. Freilich müssen dann die Wertungen der alten Schule nach Betragen, Fleiss und Begabung wegfallen.

Schon in der Erziehung spielt die Individualpsychologie die Rolle der Sozialpsychologie. Sperber (Berlin) betonte mit Nachdruck unter dem einmütigen Beifall des Kongresses die Frontstellung gegen die atomistische naturwissenschaftliche Psychologie. Nicht den menschlichen Geist in seine Bestandteile zu zerlegen, sondern ihn als Gesamtheit und als Teil der Gesellschaft zu erfassen, ist das Ziel. Die Dynamik der Einzelseele ist die gleiche wie die der Gesellschaft. Die Menschen herauszulocken aus den persönlichen Konflikten und sie hineinzustellen in den Kreis der Gemeinschaft, das nannte Alice Rühle (Dresden) die weltgeschichtliche Aufgabe der Individualpsychologie. Sie räumt auf mit dem Herrschaftsspiel in der menschlichen Seele und in der menschlichen Gesellschaft.

Aus der Praxis der Gefährdetenfürsorge, des Strafvollzuges, der Ehe- und Sexualberatung, aus den leider so unendlich weiten Gebieten aller menschlichen Hilfsbedürftigkeit berichteten andere Redner, alle unter den starken positiven Leitgedanken einer Lehre, die das Leben um des Lebens willen liebt und die Wege weisen hilft, die alles Lebendige zum Sinn seines Daseins und zur Lust am Leben führen können.

3 Ringe und ein Mädchen.^x

SPD. Eines Sonnabends schlenderte Jakob in den Abenstunden über den Rummelplatz. Die Hände in den Taschen ging er an den Buden entlang, schaute sich nach den Mädchen um und fuhr endlich vor lauter Langeweile auf dem grossen Fliegerkarussell. Dann würfelte er am Glücksrade noch 50 Pfennig und wollte sich schon wieder dem Ausgange zuwenden, als er noch einen Augenblick stehen blieb, um sich das "Japanesische Ringewerfen" anzusehen.

Eine Menge ansehnlicher Gewinne, sichtbar im Vordergrund der Bude aufgestellt, lockte die Vorübergehenden an: Teddybären und Blumenvasen, gerahmte Bilder und Kristallschalen, Aluminiumtöpfe und - als Hauptgewinn endlich - eine Armbanduhr standen auf einem Brette. Doch erforderte das Ringewerfen eine so grosse Gewandtheit, dass nur ganz selten einer der Preise seinen Platz verliess.

Trotz der schönen Preise wäre Jakob wohl bald weitergegangen, hätte ihn nicht ein Blick aus zwei braunen Augen getroffen. Sie gehörten einem Mädchen, das die abgeworfenen Ringe zusammenlas und sie den Spielern reichte, während ein älterer Mann, anscheinend der Vater, dabei stand und das Geld einkassierte.

Jakob trat an die Bude heran und drängte sich zwischen die Spieler, die offenbar ihr Glück vergeblich versuchten. Dabei begegneten sich seine Augen für einen Augenblick mit denen des Mädchens, als wollten sie sich festhalten und nicht wieder loslassen.

Jakob war ein hübscher Kerl und auch nicht ungeschickt. Als er jedoch die Ringe nahm, zitterten seine Hände. Er warf einen um den andern, aber keiner blieb hängen. Ehe er aber noch einmal 20 Pfennige auf das Brett legte, sah er

fragend nach dem Mädchen, das ihn die ganze Zeit über aufmerksam beobachtete, und es schien ihm, als hätte sie leicht mit dem Kopfe genickt. Da warf er so lange, bis er kein Geld mehr in der Tasche hatte, und ging dann mit leichten Schritten fort, als müsste er über vieles nachdenken.

Am nächsten Abend kam er wieder und ebenso am übernächsten. Ehdlich am dritten hatte er Gelegenheit, das Mädchen einen Augenblick allein zu sprechen. "Ich weiss, dass Sie nur meinetwegen kommen", flüsterte sie ihm zu. "Wenn Sie am nächsten Sonntag um drei vorn im Gartenrestaurant sind, können wir eine Stunde miteinander allein sein". Jakob nickte und warf wie immer seine Ringe. Aber seine Blicke suchten nur die braunen Augen des Mädchens.

Am Sonntag ging er um drei nach dem verabredeten Platze. Sie sass schon da und wartete, und als er sich nach einer Stunde von ihr trennte, wusste er, dass er dieses Mädchen lieb hatte.

Nur verstohlen trafen sie sich in den nächsten Wochen, denn der Alte bewachte das Mädchen wie einen kostbaren Schatz. Aber als Jakob das erstemal zu dem Mädchen vom Heiraten sprach, schüttelte sie den Kopf: "Nein, das geht nicht. Mein Vater will das Unternehmen erweitern, und ich soll einen Mann heiraten, der Geld in das Geschäft steckt. - Nein", seufzte sie, "ich kann dich beim besten Willen nicht heiraten."

"So", sagte Jakob, "das wäre doch gelacht!" - Geld hatte er freilich nicht. Aber er war jung und hatte zwei Arme, mit den man arbeiten und eine Frau erhalten konnte. Und als am Abend der Rummelplatz geschlossen wurde, ging er kurzerhand zu dem Vater, um, wie er sich ausdrückte, reinen Tisch zu machen. Der Mann sah ihn nur von oben bis unten an und erklärte ihm dann trocken, ohne erst die Zigarre aus dem Munde zu nehmen, seine Tochter würde eine bessere Partie machen und nicht einen gewöhnlichen Schlosser heiraten.

Jakob sagte kein Wort mehr. Er griff nur an seine Mütze und ging. Am nächsten Tage kaufte er sich drei Ringe, genau so bunt, wie die in der Bude. -

Lange Zeit hörte das Mädchen nichts mehr von ihm. Sie schrieb ihm einen Brief und bat ihn, sie zu vergessen. Aber Jakob schrieb ihr postwendend zurück: Das wäre ganz ausgeschlossen, und sie sollte nur die Zeit abwarten. Auch seine Freunde erfuhren nichts von ihm. Wenn er Abends von der Arbeit nach Hause kam, schloss er sich in sein Zimmer ein. Seine Wirtin sagte ein paarmal, so einen verrückten Mieter hätte sie schon lange nicht mehr gehabt. -

Im Spätherbst wurde der Rummelplatz geschlossen. Am letzten Sonntag kam Jakob wieder. Das Mädchen, das ihn schon von weitem sah, warf ihm einen stürmischen Blick zu, während der Vater stirnrunzelnd an seiner Zigarre sog.

"Dreimal", sagte Jakob und schob Geld hin. Dann straffte er die Schultern und sah zu dem Manne hinüber: "Wollen Sie mir Ihre Tochter geben?"

"Lassen Sie mich doch zufrieden! Ich hab' es Ihnen ja schon einmal gesagt" entgegnete der Alte und nahm das Geld. Die Umstehenden kicherten.

"Gut! Wie Sie wollen", erwiderte der Schlosser und begann zu werfen.

Er warf die ersten drei und gleich hinterher die nächsten. Er warf, ohne zu zielen. Die Ringe flogen durch die Luft und blieben an den Stäben hängen. Dann warf er noch einmal drei und holte sich die Armbanduhr. Die hinter ihm Stehenden rissen die Augen auf. Jeder Ring sass. So etwas war überhaupt noch nicht vorgekommen.

Jakob hatte in seinen Abendstunden gut trainiert. In weniger als 10 Minuten war das Schauspiel beendet - Jakob hatte alle Gewinne bis auf das letzte Stück gewonnen. "Hol' einen Dienstmann!" sagte er zu einem Jungen, der ihn mit offenem Munde anstarrte. "Er soll kommen und den Krempel wegfahren. Oder noch besser, ich verschenke ihn. Was sollen mir schon die Töpfe..."

Da erwachte der Mann, dem vor Schreck die Zigarre ausgegangen war, aus seiner Erstarrung. "Halt!" schrie er. "Meine schönen Preise verschenken? Ver-schenken? Ich bin ruiniert. Ich muss meinen Laden zumachen, wenn ich keine Preise hab'!" jammerte er. Die Umstehenden brachen in ein Gelächter aus. "Jetzt willst du wohl mit uns stempeln gehen?" schrie ein Arbeitsloser.

"Gut", sagte Jakob und blinzelte zu dem Mädchen hinüber, "ich lasse Ihnen den Kram. Sie können alles behalten. Aber Sie wissen meine Bedingung". Dabei machte er schon Anstalten, die Gegenstände an die Zuschauer zu verteilen. Der Alte wurde grün im Gesicht: "Nimm sie in Gottesnamen", schrie er endlich, "nimm sie, wenn du es schon einmal auf mich abgesehen hast!" Und Jakob legte, ohne sich um die Neugierigen zu kümmern, seinen Arm um das Mädchen und führte es durch die Menge. - -

Die Bude "Original Japanesisches Ringewerfen" besteht heute noch. Die Armbanduhr und die übrigen Gewinne liegen da und warten auf den glücklichen Gewinner - nur das Mädchen mit den braunen Augen ist nicht mehr zu gewinnen.

Caliban.

Kinder-Segen und Sorgen.^x

SPD. Keine Not ist so bitter wie jene, die man von den Gesichtern seiner Lieben ablesen muss, keine Entbehrung so deprimierend wie jene, die unsre Nächsten mich uns leiden müssen.

Wenn in all den Familien, denen es gelungen ist, ihren wohlgeordneten Hausstand durch die Stürme der Jahre zu bewahren, frische, fröhliche Kinder um die Tische tollern, wenn die Eltern an den Betten ihrer schlafenden Lieblinge stehen, sie in ihren Träumen zu betrachten und belauschen, dann geht ein froher Friede durch die Räume. Und wenn die vom Tollen auf der Strasse schmutzigen Bälger sich nach aufgezwungener Reinigung plappernd und lärmend um die dampfenden Mittagsschüsseln versammeln, dann fühlen die Eltern stolz ihres Lebens schönste Freude.

Wenn aber statt der Wohnung ein kärgliches Zimmer nur, wenn statt der regelmäßigen Lohnes nur knappe und unzulängliche Unterstützung, wenn nichts zur Genüge da ist, dann steigern die armen, blassen, dünnen Kinder die Sorgen ins Unermessliche, Unerträgliche. Von Pontius zu Pilatus laufen dann die Leute, unschlüssig in ihrer Verzweiflung, stehen vor Schaltern und Aemtern und wissen nicht aus und ein.

In und aus dieser Not haben sich die Bünde der Kinderreichen gegründet, die fast in jeder Stadt vertreten sind. Was sich da in einem engen Raume jeden Vormittag in einer Sprechstunde abspielt, das lässt einem oft das Blut in den Adern erstarren. Nicht die Hilfesuchenden erschüttern, die da jammern und klagen, die in Wut und Verzweiflung schimpfen. Die sind hier selten. Sachlich und ungeschminkt kommt es den Leuten von den Lippen, und umso erschütternder ist es. Dem selbstlosen Berater legen sie ihre Verhältnisse dar, schauen ihn mit halber Hoffnung, müde vom steten Lebenskampfe, bange an: "Was sollen wir tun?"

Eine kleine, verhärmte Frau rutscht nervös auf dem Stuhle herum. Sie hat es nicht mehr mit ansehen können. Das Ungeziefer plagte die Kinder furchtbar. Da hat sie auf eigene Faust das Zimmer neu machen lassen. Und jetzt ist die Rechnung da. Sie kann sie nicht bezahlen. Niemand will sie bezahlen. Schönheitsreparatur! Was soll geschehen? Mittel und Wege werden erwogen.

Ein Arbeitsloser hat eine neue Wohnung bekommen. Endlich haben seine sieben Kinder ein Heim. Die Wohnung gehört der Stadt. Aber er kann die Miete nicht aufbringen. Jetzt will ihn die Stadt wieder auf die Strasse setzen. Wo soll er hin?

Neue Leute kommen. Jeder hat ein gerüttelt Mass von Sorgen. Schulfragen werden geklärt. Erziehungsfragen werden besprochen. Da hat ein halbwüchsiger Junge eine Lehrstelle bekommen. Aber er kann sie nicht antreten, weil er keine Schuhe hat. Woher kann man Schuhe nehmen, wenn noch nicht einmal für Brot Geld da ist? Von Familien hört man, die zu zehnt in einem Zimmer schlafen, wohnen,

leben. Von armen kleinen Mädchen, die mit ihrer Mutter in einem Bette schlafen müssen, obwohl die Mutter offene Tuberkulose hat. Von Krankheiten, Schmutz und Not und von Dingen hört man, die unsrer Kultur unwürdig, die beschämend für uns alle sind.

"Haben Sie keine Idee", fragt mich der junge Geschäftsführer, als die Sprechstunde zu Ende ist, "wie ich zu zehntausend Betten kommen kann?"

Zehntausende von Menschen, Kinder, Väter, Mütter haben kein Bett!

Mario Mohr.

Wochenmarkt in der Kleinstadt.^x

SPD. Leute, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, gehen im allgemeinen mit den Hühnern schlafen und stehen mit dem ersten Hahnenschrei wieder auf. Deshalb glaubte ich, dass ich die Marktleute - wenigstens soweit sie selbst ihre Kohl bauen - im Städten recht frühzeitig auf dem Marktplatz antreffen würde. Ja, Kuchen!

Als ich am Sonnabend kurz nach 6 Uhr früh nach dem Marktplatz komme, da grinst mich der Brunnen in der Mitte höhnisch an, und aus dem Munde des Wasserspeiers weht mir die frische Morgenluft einen feuchten Sprühregen ins Gesicht. Nur ein einziges Wägelchen mit Obst und Gemüse steht einsam und muttersellenallein auf dem Platze. Das Rathaus und die Marktkirche schauen verträumt drein, als hätten auch sie noch nicht recht ausgeschlafen.

Eine halbe Stunde später war schon ein Verkaufsstand aufgebaut. Auf meine verwunderte Frage nach dem späten Beginn des Marktbetriebes wird mit geantwortet: "Jo, wui stahn wal inner Uchte up, över dat bringet nix, denn de Stätters, dä inhale wit, hät för achte nau nicht ütschloopen..."

Ich verkrümele mich also wieder. Denn gegen die Bequemlichkeit des Kleinstadtbürgers ist kein Kraut gewachsen. Unterwegs begegnen mir schon allerlei Marktleute. Die einen kommen ganz nobel mit 4 PS angeautelt. Andere wieder haben's nur bis zu einem Hafermotor gebracht. Die allermeisten aber ziehen ihren BHW (Blauer Handwagen) schwer atmend den Berg hinauf nach dem Marktplatz.

Kurz vor 8 Uhr ist der Betrieb schon einigermaßen im Gange. Rund um den Marktbrunnen herum grüsst die Farbenpracht eines bunten Blumenkranzes. Wie auf Vereinbarung haben sich die Blumenverkäufer dort alle gruppiert. Gladiolen in hellen Farben wollen's an Schlankheit den Lilien gleichen. Dahlien, vom zartesten Rosa bis ins tiefste Rot, wetteifern in der Vielheit ihrer Farben mit den Asten, deren bunte Sterne allüberall auf dem Markte zu sehen sind. Glyziniën, Sommerblumen, Margueritten und viele andere Vertreter der bunten Flora hängen der Käufer.

Der ganze Platz bis dicht an die Kirche ist vollgestellt mit Bretterbuden, Körben, Kisten und Säcken, und alles ist angefüllt mit frischem Gemüse, mit Obst, Karotten, Tomaten, Kürbissen, und was sonst alles Feld und Garten als reichen Herbstsegen hergeben mögen.

Zwischen den Gängen drängen sich "Gnädige" Frauen, gefolgt von Hausangestellten mit einem grossen Korbe, einfache Kleinbürgerfrauen mit der Einholertasche und einer mageren abgegriffenen Geldbörse in der Hand, junge Mädchen, die ein leeres Netz tragen, und alte Männer, die zum Zeitvertreib das bunte Leben beobachten und da und dort stehen bleiben, um zuzuhören, wie ein Handel abgeschlossen wird. Ueberall hört man die Marktleute ihre Waren anpreisen: "Radieschen mitnehmen, schön zart!" ruft ein altes Weiblein unter ihrem dicken Kopf-tuche hervor. "Schöne Tomaten!" preist daneben eine junge Bäuerin ihre köstlich frischen, glänzend roten Früchte an.

"Was kostet der Blumenkohl?" fragt eine "Gnädige".

"60 Pfennig!"

"Ist mir zu teuer", piepst die "Gnädige", der überhaupt nichts billig genug zu sein scheint, denn sie hat schon an vier Ständen angefragt. Am nächsten Stand fragt sie, indem sie eine Pflaume in den Mund steckt: "Was kosten die Pflaumen?"

"20 Pfennig!"

"Sind sie auch nicht wurmig?"

Die Verkäuferin beteuert, dass nicht eine einzige wurmige dabei sei, und öffnet zum Beweise gleich eine der schönen Pflaumen. Die "Gnädige" stopft sich auch diese in den Mund und meint dann: "Die sind mir nicht süß genug!" Damit schiebt sie ab, gefolgt von ihrer Hausangestellten.

"Junge Erbsen, grüne Bohnen, Petersilie, schöne Karotten! Nehmen Sie was mit, Frau!" So rufen die Marktfrauen hinter ihren Ständen. Je "gnädiger" die Einkäuferinnen sind, desto mehr haben sie an den Waren herumzumäkeln. Die anderen Frauen, die jeden Groschen, den sie ausgeben, erst nachrechnen müssen, sind viel weniger kritisch.

Auf der anderen Seite des Marktplatzes jenseits der am Rathaus vorbeiführenden Strasse stehen ein paar Reihen Bretterbuden. Dort haben die Schlächtermeister appetitlich Fleisch, Schinken und Speck ausgelegt, und oben vor jeder Bretterbude baumeln lange Reihen Mettwürste und Leberwürste. Eine wahre Aufreizung zum Klassenhass für jeden Arbeitslosen.

Und dann in der nächsten Reihe; auf schmalen, langen Brettern, die über Holzklötze gelegt sind, paradieren Hühner und Tauben, Junghähnchen und Kaninchen, die man zur höheren Ehre der Kleinstädter vom Leben zum Tode befördert hat. Daneben dringt aus Käfigen das gackelnde Morgenkonzert von Hühnern, denen ein gleiches Schicksal bevorsteht. Wieder auf anderen Brettern werden Körbchen voll Eier und Butterklumpen feilgeboten.

Der Marktbetrieb wird immer reger. In den Gängen zwischen den Ständen drängen sich die Käuferinnen und Neugierigen. Kauf und Verkauf sind in vollem Gange. Es wird gehandelt und gefeilscht, verkauft und eingepackt, und über den Marktplatz schwirrt ein Gewirr von Stimmen und Rufen, lauten und leisen, groben und feinen. Das vermengt sich mit den schrillen Klingelzeichen vorbeiflitzender Radfahrer, mit dem Geknatter von Motorrädern und dem Gehupe der Autos, die über die Strasse am Rathaus fahren.

Nach ein paar Stunden bleibt von dem ganzen lauten Getriebe, von all den Körben und Kisten mit Obst und Gemüse, Blumen und Eiern nichts weit übrig, als ein paar grosse, schmutzige Haufen grüner Blätter, verwelkter Blumen, zeretztes Papier, Stroh und sonstige Abfälle. Die Strassenkehrer kommen und fegen alles zusammen. Ein Wagen wird herbeigeschafft, der den Markt Müll abfährt. Der Platz vor dem Rathause liegt wieder in seiner verträumten Kleinstadtruhe, als hätte hier nie ein Wochenmarkt mit all seinem bunten Getriebe stattgefunden.

Felix Fechenbach.

SPD. Lebensfähigkeit der Bazillen.^x Bei einer kürzlich in der dänischen Stadt Aarhus ausgebrochenen Paratyphus-Epidemie hatte man wieder einmal Gelegenheit, die Lebensfähigkeit und dadurch besonders grosse Gefährlichkeit von Bazillen für die Volksgesundheit beobachten zu können. Als Ursache dieser Epidemie erwies sich, wie das Staatliche Serum-Institut in Kopenhagen mitteilte, Fleisch, das als fertiges Füllsel mit Zutaten verkauft und zu Frikadellen verarbeitet worden war. Dabei konnte bei den vorgenommenen Untersuchungen die interessante und wertvolle Feststellung gemacht werden, dass selbst 10 Minuten langes Braten nicht ausreichte, um die in den Frikadellen enthaltenen Paratyphus-Bazillen abzutöten.

Hund oder Katze?^X

Viele Leute haben heute Hunde.
Wer ein' Hund hat, ist nie ganz allein.
Ausserdem kann man dadurch im Grunde
Gegen Diebe meistens sicher sein.

Hunde halten wäre gar nicht teuer,
Denn sie fressen, was man übrig lässt.
Aber Hunde kosten heute Steuer,
Und dagegen hilft mal kein Protest.

Ausserdem ist's in der Stadt verboten,
Dass ein Hund noch ohne Maulkorb läuft,
Weil er sonst vielleicht am Markt die Schoten
Frisst und gar noch frische Eier säuft.

Demnach zügelt man dem Hund die Beine
Und verbietet ihm so die Natur.
Ausgang hat ein Hund nur an der Leine,
Dass er Achtung hab' vor der Kultur.

Viele Leute halten lieber Katzen.
Eine Katze kostet gar kein Geld.
Auch zu ihnen kann man schmeichelnd schwatzen,
Ohne dass man laut wird angebellt.

Katzen haben Ausgang, wann sie wollen,
Und sie wollen meistens in der Nacht,
Stehen noch nicht unter den Kontrollen,
Die man über freie Liebe macht.

Viele Leute sind sich noch nicht schlüssig,
Ob nun Katze oder Hund bequem.
Im Effekt sind beide überflüssig
Und im Stadtbild ständig ein Problem.

Kurt Reiss.

SPD. Wenn die Wahrheit immer schön wäre...^X Als Königin Christine von Schweden nach Rom kam, gab ihr der Papst einen als geistreich bekannten Kardinal zur Seite, der ihr die Schätze Roms vorzuführen hatte. Besonderen Eindruck machte auf Christine eine Marmorstatue der Wahrheit von Bernini.

"Wie selten ist es," rief der Kardinal aus, "dass einem gekrönten Haupte die Wahrheit gefällt!"

"Glauben Sie mir, Kardinal!" antwortete die Königin, "alle Wahrheiten würden uns gefallen, wenn sie alle aus so schönem Marmor wären wie diese...."

SPD. Ausgehöhlte Steine als Lampen.^X Die ersten Lampen der Frühzeit der Menschheit bildeten ausgehöhlte Steine. In die Höhlungen füllte man Fett zum Brennen und verwendete Tiersehnen als Dochte. Man hat solche Lampen vielfach bei Ausgrabungen gefunden.
